

Anneliese Feurich
Ernst W o i t

Christliches Friedensengagement und Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit

DSS-Arbeitspapiere

Heft 56 – 2001

Herausgeber: **D**resdener **S**tiudien**g**emeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V. (**DSS**)

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 01277 Dresden

Redaktion, Druckvorbereitung und Vertrieb; V.i.S.d.P.:

Dr. Joachim Klopfer
Am Jägerpark 52
D-01099 D r e s d e n

Telefon: +49/0-351-8030122 Fax: +49/0-351-8036401

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluß: 15. Januar 2001

Kostenbeitrag: 5,50 DM

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
Ernst Woit: Vorwort	5
Anneliese Feurich	
Evangelische Christen im Kampf gegen die Remilitarisierung und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren	7
Vorbemerkung	7
Theologische und kirchenpolitische Voraussetzungen für das politische Handeln evangelischer Christen	7
<i>Die Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi</i>	7
<i>Die Zwei-Reiche-Lehre</i>	9
<i>Die theologische Lehre von den Schöpfungsordnungen</i>	9
<i>Die "Dahlemiten" – Rückblick auf den Kirchenkampf</i>	10
Neubeginn in Staat und Kirche nach dem 2. Weltkrieg	12
<i>Politischer Neubeginn</i>	12
<i>Die Kirchenkonferenz von Treysa</i>	12
<i>Die Stuttgarter Schulderklärung</i>	13
<i>Gründung der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft (KTA)</i>	14
<i>Das "Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes"</i>	14
<i>Die Kirchenversammlung in Eisenach 1948</i>	15
<i>Politische Standpunkte zur Deutschlandfrage</i>	16
Christen im Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD	17
<i>Zur Haltung Konrad Adenauers</i>	17
<i>Das Niemöller-Interview von Marguerite Higgins</i>	18
<i>Die Erklärung der KTA zur Erhaltung des Friedens</i>	18
<i>Die Synode der EKD von Berlin-Weißensee im April 1950</i>	19
<i>Adenauer bietet einen westdeutschen Wehrbeitrag an und Heinemann tritt zurück</i>	20
<i>Martin Niemöller protestiert gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung</i>	21
<i>Karl Barth nimmt Stellung zur westdeutschen Wiederaufrüstung</i>	22

<i>Die Spandauer Erklärung des Rates und der Kirchenkonferenz der EKD</i>	23
<i>Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas und die Gesamtdeutsche Volkspartei</i>	23
<i>Adenauer strebt den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO an</i>	25
<i>Die Gesamtdeutsche Aktion und das Deutsche Manifest</i>	25
Christen im Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr	26
<i>Martin Niemöller</i>	26
<i>Der Militärseelsorgevertrag</i>	27
<i>Taktische Atomwaffen als "Erweiterung der Artillerie"</i>	28
<i>Die Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler und ihre Folgen</i>	28
<i>Adenauer plant eine deutsche Herstellung von Atomwaffen</i>	30
<i>Die Bundestagsdebatte zur Deutschlandfrage vom 24./25. Januar 1958</i>	31
<i>Zustimmung des Deutschen Bundestages zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr</i>	32
<i>Die EKD-Synode in Spandau und Weißensee vom April 1958</i>	33
<i>Die Frankfurter Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958</i>	35
<i>Niemöllers Kasseler Rede</i>	36
<i>Die Heidelberger Erklärung</i>	37
Friedensarbeit in der DDR und nach deren Ende	38
Ernst Woit	
Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit	46
Definitionen	46
Philosophisch-weltanschauliche Grundlagen	47
Zum Friedenskonzept des Klassischen Pazifismus	48
Pazifismus und Marxismus	52
Zur aktuellen Krise des Pazifismus	56

Vorwort

Für den 10. Februar 2001 laden sechs Dresdner Organisationen – unter ihnen die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) – Friedensfreundinnen und Friedensfreunde aus Deutschland und dem nahen Ausland das neunte Mal zu einem Dresdner Friedenssymposium ein. Seit nunmehr neun Jahren folgen regelmäßig zwischen 80 und 100 Friedensbewegte der Einladung zu dieser Veranstaltung, die stets an einem Wochenende nahe am 13. Februar stattfindet – jenem Tag, an dem Dresden im Jahre 1945 zerstört wurde. Dafür, daß Dresden inzwischen für die Friedensbewegung in Deutschland und darüber hinaus zu einer anerkannten Stätte des Erfahrungsaustauschs und vor allem der Diskussion neuer Probleme des Kampfes zur Verringerung der Kriegsgefahren geworden ist, sind vor allem zwei in dieser Stadt vorhandene Voraussetzungen entscheidend. Das ist erstens die Existenz eines Potentials an kompetenten und in interdisziplinärer Arbeit erfahrenen Friedensforschern, die heute vor allem in der DSS wirken.¹ Zweitens gehört dazu das Wirken von Menschen, die gelernt haben und gewillt sind, sich im Kampf um den Frieden mit allen ebenfalls am Frieden interessierten Menschen zu verbünden – nicht nur unabhängig von allen zwischen ihnen bestehenden weltanschaulichen und politischen Unterschieden, sondern bewußt bemüht, eben diese Unterschiede für das gemeinsame Friedens-Engagement fruchtbar zu machen.

Ein herausragendes Beispiel dieses unablässigen engagierten Arbeitens für ein möglichst breites Bündnis aller Friedenskräfte ist die Pfarrerswitwe ANNELIESE FEURICH. Kein Dresdner Friedenssymposium, zu dem sie nicht Ideen beige-steuert und das sie nicht entscheidend organisatorisch mit vorbereitet und abgesichert hat. Keine der großen Dresdner Demonstrationen gegen den Golfkrieg II und den NATO-Überfall auf Jugoslawien, deren Konzept nicht in ihrer Wohnung diskutiert wurde und die nicht von ihr maßgebend mit organisiert worden ist. Als unermüdliche Anregerin, Vermittlerin zwischen möglichen Bündnispartnern und so praktisch politisch eingreifende Frau habe ich ANNELIESE FEURICH, die ich seit 1985 persönlich kenne, in ihrem Wirken als Leitungsmitglied in der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens (KBS), in der Sächsischen Friedensinitiative Dresden (SFID), in der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS), aber auch in der Volkssolidarität und im Ausländerrat Dresden unzählige Male erlebt.

¹ Vgl. dazu auch: E. Voit, Friedensforschung in Dresden. Der Interdisziplinäre Arbeitskreis Friedensforschung Dresden (IAFD) 1989–1990. (DSS-Arbeitspapiere Heft 42), Dresden 1998; R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren. Erinnerungen und Zeitzeugnisse (DSS-Arbeitspapiere Heft 43), Dresden 1998. Demnächst erscheint dazu außerdem: W. Scheler / R. Lehmann / J. Klopfer, Für Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) (DSS-Arbeitspapiere Heft 50 - 2001).

In ihren Erinnerungen gibt uns ANNELIESE FEURICH informative Einblicke in die Entwicklung jenes christlichen Friedens-Engagements in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das in der DDR für Sachsen seit 1961 besonders von der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens ausging und heute in der Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsens (AGOK) geleistet wird. Diese Einblicke sind besonders geeignet, die Wurzeln für den in Dresden schon länger gepflegten und in jüngster Zeit noch verstärkten christlich-marxistischen Dialog zur Krieg-Frieden-Problematik genauer kennen zu lernen. Dem Verständnis des größeren historischen Zusammenhangs zwischen den Erinnerungen ANNELIESE FEURICHs, dem marxistisch-christlichen Diskurs und dem Problem des Pazifismus im heutigen Friedenskampf soll der Abdruck meines Artikels "Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit" dienen. Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages im Berliner Verein "Helle Panke", der ihn Anfang 2000 zuerst publiziert hat. Danach ist er – übrigens auf Veranlassung ANNELIESE FEURICHs – im Heft 3/2000 der "Berliner Dialog-Hefte", der Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog, nachgedruckt worden.

Dresden, im Januar 2001

Ernst Woit

Anneliese F e u r i c h

Evangelische Christen im Kampf gegen die Remilitarisierung und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren ¹

(Vortrag vor der Sächsischen Friedensinitiative Dresden e.V. im Herbst 1999)

Vorbemerkung

Der hessische Theologe Karl Herbert weist in seinem Berichtsband „Kirche zwischen Aufbruch und Tradition“ nachdrücklich darauf hin, daß bei evangelischen Christen, Theologen und Laien deren unterschiedliche theologische Ansätze eminente Auswirkungen auf ihre situationsbezogenen Stellungnahmen haben. Diese Tatsache werde durch die Diskussion über Wiederbewaffnung, atomare Aufrüstung oder Friedenssicherung jener Jahre auf Schritt und Tritt illustriert.²

Um also die unterschiedlichen politischen Entscheidungen, die evangelische Christen in jenen Jahren getroffen haben, besser verstehen zu können, ist es sinnvoll, zunächst nach ihren verschiedenen theologischen Ansätzen zu fragen. Analog zum Titel des Berichtsbandes von Herbert stelle ich diesen Versuch unter die Rubrik „Aufbruch oder Tradition“.

Theologische und kirchenpolitische Voraussetzungen für das politische Handeln evangelischer Christen

Die Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi

Die meisten evangelischen Theologen und Laien, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der evangelischen Kirche einen wirklichen Aufbruch erhofften - weg von einer Behördenkirche hin zu einer lebendigen Gemeindekirche - waren

¹ Die Verfasserin stützt sich in ihren Ausführungen u.a. auf die Autobiographie ihres verstorbenen Mannes, Pfarrer Dr. Walter Feurich, und auf sein Archiv sowie auf ihr eigenes Erleben an seiner Seite.

a) Walter Feurich: Lebensbericht eines Dresdner Gemeinde-Pfarrers, Union-Verlag Berlin (Ost), 1982 (posthum);

b) Walter-Feurich-Archiv, z.Zt. in 01307 Dresden, Hans-Grundig-Straße 20 (0504).

² Vgl. Karl Herbert: Kirche zwischen Aufbruch und Tradition – Entscheidungsjahre nach 1945, Radius-Verlag Stuttgart 1989, S. 90. (Im folgenden: Herbert, Aufbruch). Karl Herbert war als langjähriger Stellvertretender Kirchenpräsident von Hessen und Nassau Martin Niemöller bis zu dessen Tod freundschaftlich verbunden. In seinem Ruhestand übernahm Herbert den Lehrstuhl für Kirchliche Zeitgeschichte an der Universität Mainz.

durch die Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi geprägt, auf die der schweizerische Theologe Karl Barth erneut verwiesen hatte. In Deutschland lehrte Karl Barth als evangelischer Theologieprofessor zuletzt an der Universität Bonn und seit dem Sommer 1935, unmittelbar nach seiner Ausweisung aus dem deutschen Reichsgebiet durch die NS-Regierung bis zu seiner Emeritierung an der Universität Basel. Die Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi bildet auch die Grundlage der wichtigen Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnissynode vom 31. Mai 1934.³

Nach dieser Lehre herrscht Jesus Christus wie ein König über alle menschlichen Lebensbereiche. Deshalb hat sich der Christ auch für sein politisches Tun und Lassen vor seinem Herrn Jesus Christus zu verantworten.

Weil Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist, ist in der Politik der Mensch das Maß aller Dinge. Die Christengemeinde steht für Recht ein, das sich besonders der Schwachen annimmt. Sie tritt ein für Frieden und Chancengleichheit aller Menschen. Sie steht gegen Anarchie und Tyrannei. Sie widersteht jeglicher Diskriminierung von Rasse, Stand und Geschlecht. Es ist der Christengemeinde bewußt, daß sie mitten in der Bürgergemeinde lebt. Für deren Aufgaben und Probleme weiß sie sich mitverantwortlich. Aber dabei hat sich die Christengemeinde unbedingt davor zu hüten, der Bürgergemeinde irgendein Konzept als "das christliche" anzubieten. Deshalb sind nach Barths Meinung christliche Parteien als solche abzulehnen.⁴

Bis heute ist die Lehre von der Königsherrschaft Jesu Christi für all jene Christen von entscheidender Bedeutung, die durch die Theologie Karl Barths geprägt wurden oder wichtige Impulse von ihr empfangen haben und die einen wirklichen Aufbruch in der Kirche anstreben.⁵

Auf ihrer Seite standen in den fünfziger Jahren u.a. die Theologen Hermann Diem, Walther Fürst, Helmut Gollwitzer, Hans Joachim Iwand, Günter Jakob, Heinz Kloppenburg, Hellmut Traub, Heinrich Vogel, Rudolf Weckerling und die Laien Gustav Heinemann und Otto Supper.⁶

³ Vgl. den Wortlaut der Barmer Erklärung bei Herbert, Aufbruch, S. 382.

⁴ Vgl. Karl Barth: Christengemeinde und Bürgergemeinde, Zollikon Zürich, Evangelischer Verlag, 1946, S. 43.

⁵ Nachdem Walter Feurich Ostern 1936 konfirmiert und am 4. Oktober 1936 vierzehn Jahre alt geworden war, trat er in die Bekennende Kirche ein und wurde BK-Helfer. Bald darauf wurde ihm durch die Lektüre der Schrift von Karl Barth "Offenbarung, Kirche und Theologie" deutlich, daß er Theologie studieren müsse, um evangelischer Gemeindepfarrer zu werden.

⁶ Zu diesen Theologen hätte sehr wahrscheinlich auch Dietrich Bonhoeffer gehört. Aber er mußte seine politische Entscheidung in der Nachfolge seines Herrn Jesus Christus mit dem Leben bezahlen. Als Gegner Hitlers wurde er am 9. April 1945 in Flossenbürg/Bayern von den Nazis ermordet.

Die Zwei-Reiche-Lehre

Dem kirchlichen Lager der „Tradition“ liegt zunächst die Zwei-Reiche-Lehre zugrunde.⁷ Sie beruht auf theologischen Ansätzen von Martin Luther und wurde von seinen Nachfolgern fixiert und dabei auch verändert.

Nach Luthers Auffassung lebt jeder Christ in „zwei Reichen“, im Reich Gottes zur rechten Hand und in dem zur linken Hand. „Im Reich Gottes zur Rechten herrscht Christus durch Wort und Sakrament“, gilt das Gebot Christi im Sinne der Bergpredigt, „besteht Gleichheit zwischen allen Gliedern, wird Gnade und Vergebung geübt und tut der Christ Gutes in freier Spontanität“.⁸

"Im Reich Gottes zur Linken herrscht nicht Christus, sondern der Kaiser und zwar mit dem Schwert", gelten seine Gebote und Gesetze. "Ungleichheit herrscht insofern, als einer dem anderen gebieten bzw. gehorchen muß."⁹

Für Luther war es damals selbstverständlich, daß sich auch die Herrscher des Reiches zur linken Hand für ihr Tun und Lassen vor Gott zu verantworten haben.

Die theologische Lehre von den Schöpfungsordnungen

Nach dem ersten Weltkrieg entwickelten in Deutschland lutherische Theologen wie die Professoren Paul Althaus, Emanuel Hirsch und Friedrich Gogarten die theologische Lehre von den Schöpfungsordnungen.¹⁰

Diese Lehre besagt, "daß der Christ genau wie jeder andere Mensch ... in bestimmten Lebensordnungen, (wie) Volk, Staat, Rasse, Ehe, Familie, Wirtschaft steht und daß er in ihnen unter eine Gebotsordnung gestellt ist, ... die in (scheinbarem) Gegensatz oder in Spannung zu offenbarten biblischen Geboten steht, aber, weil vom Schöpfer Gott stammend, unbedingt bindet".¹¹

Diese Schöpfungsordnungen weisen eine ihnen immanente Eigengesetzlichkeit auf, die ihnen von Gott dem Schöpfer verliehen wurde und die der Christ deshalb unbedingt zu respektieren hat. Sie verpflichtet den Christen auch dem Staat gegenüber zu unbedingtem Gehorsam. Dabei fragen die Theologen der Schöpfungsordnungen nicht mehr, wie einst Luther, ob der Staat bereit sei, sich für sein Tun und Lassen vor Gott zu verantworten.

So wurden durch die Befolgung dieser theologischen Lehre zahlreiche Christen, Theologen und Laien mitschuldig an den Verbrechen der Nazis. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren solche Theologen und Laien als staatsgehorsame

⁷ Vgl. Franz Lau: Zwei-Reiche-Lehre, in: Religion für Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl., RGG III, Bd. 6, Sp. 1945-49.

⁸ Ebd., Sp. 1946.

⁹ Ebd., Sp. 1947.

¹⁰ Vgl. Franz Lau: Schöpfungsordnungen, in: RGG III, Bd. 5, Sp. 1492-94.

¹¹ Ebd.

Christen auf der Seite jener Politiker zu finden, die der Aufrüstung der Bundesrepublik und der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bedenkenlos zustimmten. Bedeutende Vertreter des konservativen Lagers waren in den fünfziger Jahren neben vielen anderen die Theologen Hans Assmussen, Otto Dibelius, Eugen Gerstenmaier, Walter Künneth, Hanns Lilje, Hans Meiser und Helmuth Thielicke.

Die „Dahlemiten“ – Rückblick auf den Kirchenkampf

Die meisten evangelischen Christen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche Remilitarisierung erhoben, hatten zuvor im Kirchenkampf während der NS-Zeit als „Dahlemiten“ erfahren, was die „Königsherrschaft Jesu Christi“ bedeutet und welchen Einsatz, welchen Preis sie von ihnen gefordert hatte. Werfen wir einen kurzen Blick zurück in jene Zeit.

Im Sommer 1933 hatten die von den Nazis begeisterten „Deutschen Christen“ (DC) in den meisten der vierundzwanzig deutschen Landeskirchen mit Hilfe der NSDAP alle kirchlichen Führungspositionen an sich gebracht. Auf diese Weise hatten sie zwar zunächst die Forderung Hitlers nach Gleichschaltung der Evangelischen Kirche mit dem NS-Staat fast erfüllt, aber gleichzeitig den Widerstand bekennnistreuer Pfarrer und Gemeindeglieder hervorgerufen, die sich im Herbst und Winter 1933 gegen die Irrlehre der Deutschen Christen zusammenschlossen. Im September 1933 entstand unter dem Vorsitz von Martin Niemöller, Berlin-Dahlem, der Pfarrernotbund, der bald darauf etwa ein Drittel aller evangelischen Pfarrer Deutschlands umfaßte. Im Sommer 1934 schloß er sich mit verschiedenen bekennnistreuen Gemeindegruppen zur „Bekennenden Kirche“ (BK) zusammen, die zentral durch den Reichsbruderrat und regional durch Landes-, Kreis- und Ortsbruderräte geleitet wurde.¹²

Die Auseinandersetzung zwischen den „Deutschen Christen“, unterstützt durch den Nazi-Staat einerseits und den Pfarrern und Gemeindegliedern der Bekennenden Kirche andererseits ist unter dem Namen „Evangelischer Kirchenkampf“ in die Geschichte eingegangen. Sie hat den Gliedern der Bekennenden Kirche, besonders den Theologen unter ihnen, nicht nur unzählige kirchliche Disziplinierungen durch deutsch-christliche Kirchenfunktionäre, sondern auch politische Strafen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingebracht, die einige nicht überlebt haben. Basis und Kraftquell für ihren Kampf aber waren die Bibel, Altes und Neues Testament und die Barmer Theologische Erklärung.¹³

¹² Der Name "Bekennende Kirche" setzte sich erst allmählich durch. Vorher in Deutschland unterschiedlich: Bekenntnisbewegung, Bekenntnisfront, Bekenntniskirche.

¹³ Vgl. den Wortlaut der Barmer Erklärung, in: Herbert, Aufbruch, S. 382; vgl. zur Barmer Synode: Karl Herbert, Der Kirchenkampf – Historie oder bleibendes Erbe, Ev. Verlagswerk Frankfurt /M. 1985, S. 103. (Im folgenden: "Herbert, Kirchenkampf").

Diese Erklärung war in ihren sechs Thesen und Verwerfungen als eindeutiges Bekenntnis zur „Königsherrschaft Jesu Christi“ im wesentlichen von Karl Barth vorformuliert worden. Daß sie dann aber am 31. Mai 1934 auf der ersten Bekenntnissynode in Barmen nach gründlicher Beratung von den versammelten lutherischen, reformierten und unierten Synodalen einstimmig angenommen wurde, erschien den damals Anwesenden als Wunder Gottes.

Die zweite Bekenntnissynode, die im Oktober 1934 in Berlin-Dahlem tagte, versuchte aus der Barmer Erklärung praktische kirchenrechtliche Konsequenzen zu ziehen. In ihrer EntschlieÙung proklamierte sie das „Kirchliche Notrecht“. Darin wurden den „Deutschen Christen“ alle kirchlichen Leitungsfunktionen aberkannt und diese statt dessen den Bruderräten der Bekennenden Kirche auf allen Ebenen übertragen. Jene Mitglieder der BK, die dieses „Kirchliche Notrecht“ anerkannten und zu befolgen suchten, wurden später nach dem Tagungsort der Synode mit dem Namen „Dahlemiten“ bezeichnet.¹⁴

Zu Beginn des Kirchenkampfes ging es den Mitgliedern der BK vor allem darum, die Irrlehre der Deutschen Christen zu entlarven. „Als aber der Kampf härter wurde und Staat und Gestapo als die eigentlichen Gegner auf den Plan traten“,¹⁵ untersagte der Staat den Bruderräten jegliche kirchenleitende Tätigkeit. So löste er die Predigerseminare der BK auf. Zunächst wurden diese noch in großer Heimlichkeit weitergeführt, bis sie nach und nach entdeckt und ihre Leiter verhaftet und bestraft wurden.

Im Gegensatz zu der neutral gebliebenen Mehrheit der evangelischen Theologen hatten die „Dahlemiten“ damals erkannt, daß es sich bei der Frage nach der Kirchenleitung nicht um eine „läßliche äußere Ordnung“ handelt, sondern daß sich an dieser Stelle entschied, „ob die Kirche ein Instrument des Staates würde oder die Freiheit ihres Auftrags bewahrte“.¹⁶

Aber auch innerhalb der Bekennenden Kirche hatte die „dahlemitische“ Richtung ihre Gegner. Zu ihnen gehörten die Bischöfe der drei sogenannten "Intakten Landeskirchen", die nicht durch die Deutschen Christen zerstört waren. In Bayern, Württemberg und Hannover war es den Bischöfen Meiser, Wurm und Marahrens gelungen, ihre kirchenleitende Funktion zu behalten.¹⁷

Im Gegensatz zu den „Dahlemiten“ gingen sie mit den DC und dem Nazi-Staat immer wieder Kompromisse ein – vielleicht auch, um ihre kirchliche Leitungsposition zu behalten. Die Beschlüsse der Dahlemer Synode lehnten sie auch deshalb ab, weil sie bei ihnen ihre konfessionalistischen lutherischen Anliegen nicht berücksichtigt sahen.

¹⁴ Vgl. Herbert, Kirchenkampf, S. 116 ff.

¹⁵ Ebd., S. 293.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., S. 75.

Gegen Ende der Nazi-Zeit aber wurde Bischof Wurm zu einem mutigen öffentlichen Ankläger der Nazis.

Aufs Ganze gesehen bewegten sich die evangelischen Christen im Kirchenkampf zwischen Widerstand und Anpassung. Mutige Einsätze für bedrängte Mitmenschen, tapferes Bekennen und nach und nach auch bewußte Gegnerschaft zum NS-Staat der einen gingen einher mit ängstlichem Schweigen und dem Versagen von Hilfe für alle jene, die in Deutschland von 1933 bis 1945 unter die Mörder gefallen waren. Persönlich stimme ich jenen Historikern zu, die der Meinung sind, daß man die Bekennende Kirche in der Nazi-Zeit als ganze keineswegs als Widerstandsbewegung bezeichnen kann, zu der sie nach 1945 gerade von solchen erklärt wurde, die in ihren Reihen nicht den größten Mut bewiesen hatten.

Neubeginn in Staat und Kirche nach dem 2. Weltkrieg

Politischer Neubeginn

Nach der Zerschlagung des „Dritten Reiches“ erklärten am 5. Juni 1945 die drei Siegermächte, die UdSSR, die USA und Großbritannien, zusammen mit Frankreich die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde dann beschlossen, die Verwaltung des besiegten Landes zu dezentralisieren und örtliche Selbstverwaltungen einzusetzen. Unter der Leitung des Kontrollrates der Alliierten sollten das Transportwesen, die Finanzen, der Verkehr, der Außenhandel und die Industrie gemeinsam geregelt werden. Westlich der Oder-Neiße-Linie war Deutschland in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufgeteilt worden. Die ehemals deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße wurden bis zu einem Friedensvertrag unter sowjetische oder polnische Verwaltung gestellt.¹⁸

*Die Kirchenkonferenz von Treysa*¹⁹

Auch die evangelische Kirche mußte sich damals neu organisieren. Auf Einladung des württembergischen Landesbischofs Wurm hatten sich vom 27. bis 31. August 1945 in Treysa bei Kassel über hundert evangelische Pfarrer und Gemeindemitglieder aus den meisten deutschen Landeskirchen versammelt. Nach fünftägiger Beratung gründeten sie entsprechend einer vorläufigen Grundordnung die „Evangelische Kirche in Deutschland“ zunächst in EKID, später in

¹⁸ Vgl. Martin Lotz: Evangelische Kirche 1945-1952. Die Deutschlandfrage – Tendenzen und Positionen, Radius-Verlag Stuttgart 1992, S. 10.

¹⁹ Vgl. Treysa 1945 – Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer, 27.-31. August 1945, Hrsg.: Fritz Söhlmann, Heliand Verlag Lüneburg 1946.

EKD abgekürzt. Zum Vorsitzenden des zwölköpfigen Rates an ihrer Spitze wurde Bischof Wurm und zu seinem Stellvertreter Martin Niemöller gewählt, der erst Ende Juni 1945 von seiner achtjährigen Gefängnis- und KZ-Haft und der anschließenden Gefangenschaft bei den US-Amerikanern in Italien zu seiner Familie nach Bayern zurückgekehrt war. In Treysa wurde ihm außerdem die Leitung des Kirchlichen Außenamtes (eine Art kirchliches Außenministerium) übertragen.

Unmittelbar vor Treysa hatte sich in Frankfurt unter der Leitung Martin Niemöllers der Reichsbruderrat neu konstituiert, der dann als "Bruderrat der EKD" unter dem Vorsitz von Martin Niemöller mehrmals jährlich tagte und seine Beschlüsse faßte.

Die Stuttgarter Schulderklärung

Der in Treysa neu gewählte Rat der EKD wurde von seinem Vorsitzenden zu seiner ersten Sitzung für den 18. und 19. Oktober 1945 nach Stuttgart einberufen. Für die meisten Ratsmitglieder völlig unerwartet, hatten sich dorthin zum gleichen Zeitpunkt Vertreter der schweizerischen, französischen, niederländischen, britischen und amerikanischen Kirchen auf den damals so mühsamen Weg gemacht. Der Leiter des schweizerischen Kirchenbundes Visser't Hooft faßte in seiner Begrüßungsansprache das Anliegen der ökumenischen Delegation mit den Worten zusammen: „Wir sind gekommen, euch zu bitten, daß ihr uns helft, euch zu helfen“.²⁰

Daraufhin setzten sich die Ratsmitglieder am Abend des 18. Oktober zusammen und formulierten jene Erklärung, die als „Stuttgarter Schuldbekennnis“ bekannt werden sollte.²¹ In dieser Erklärung sahen sich die Verfasser mit dem deutschen Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft des Leidens, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Von besonderem Schwergewicht war jener Satz, der auf den ausdrücklichen Wunsch von Martin Niemöller in jene Erklärung aufgenommen worden war: „Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker gebracht worden“.²²

Durch dieses Schuldbekennnis des Rates der EKID wurden danach Vertreter westlicher Kirchen veranlaßt, auch ihr eigenes Versagen gegenüber den Machenschaften des NS-Staates zu bezeugen. Der Evangelischen Kirche in Deutschland ermöglichte die Stuttgarter Schulderklärung ihre Wiederaufnahme in die ökumenische Gemeinschaft der Weltchristenheit. Aber mißverstanden als Bekenntnis deutscher Kollektivschuld sorgte sie bald nach ihrem Bekannt-

²⁰ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 67 ff.

²¹ Vgl. den Wortlaut der Stuttgarter Schulderklärung bei Herbert, Aufbruch, S. 384.

²² Als Walter Feurich und seine Frau dieses Schuldbekennnis kennenlernten, war für sie in dem "Leid, das Deutsche über viele Länder und Völker gebracht haben" selbstverständlich auch das entsetzliche Unrecht am jüdischen Volk eingeschlossen. Daß man nicht so ohne weiteres vom "jüdischen Volk" sprechen kann, war ihnen damals nicht bewußt.

werden in Deutschland bei Presse und Rundfunk, bei Politikern und Kirchenleuten für große Aufregung und Empörung.²³

Gründung der Kirchlich- Theologischen Arbeitsgemeinschaft Deutschlands

Auf Einladung des württembergischen Pfarrers Hermann Diem aus Ebersbach/Fils versammelten sich Mitte Oktober 1946 am Sitz der Evangelischen Akademie der Württembergischen Landeskirche im Kurhaus Bad Boll etwa achtzig evangelische Christen, zumeist Theologen, aus den drei westlichen Besatzungszonen und aus Westberlin. Aus der Schweiz nahm der älteste Sohn von Karl Barth, Markus Barth, teil und aus Westberlin der damalige französische Wehrmachtspfarrer George Casalis. Sie alle waren durch die Theologie Karl Barths geprägt oder beeinflusst und hatten, soweit sie Deutsche waren, im Kirchenkampf auf Seiten der „Dahlemiten“ gestanden. Nach gründlicher Beratung beschlossen die Versammelten am Ende der Tagung, künftig gemeinsam weiterzuarbeiten. Entsprechend einem Vorschlag von Martin Niemöller konstituierten sie sich als Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft Deutschlands (KTA) und beschlossen, innerhalb der einzelnen Landeskirchen in Sektionen tätig zu werden.²⁴

Im August 1947 berichtete Karl Barth bei seinem Besuch in Dresden Walter Feurich von jener KTA-Gründung in Bad Boll und schlug ihm vor, auch in Sachsen eine Sektion der KTA ins Leben zu rufen. Das gelang Feurich im Winter 1947/48. Er nahm Kontakt zur Leitung der KTA auf und erreichte, daß sich in Dresden bereits im September 1949 Theologen und Laien aus Ost und West zu einer ersten gesamtdeutschen KTA-Tagung versammelten.²⁵

Das „Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes“²⁶

Der Göttinger Theologieprofessor Hans Joachim Iwand hatte zu diesem Wort den Anstoß gegeben und einen seiner vier Vorentwürfe erarbeitet. Auf der Tagung des Bruderrates der EKD am 8. und 9. August 1947 in Darmstadt wurde die Erklärung nach intensiver Diskussion von den damals zwölf Anwesenden einstimmig angenommen.

Als ein politisches Schuldbekenntnis spricht es von der „Schuld unserer Väter wie von unserer eigenen“. Es entstand in einer Zeit, in der die evangelische Kirche erneut als Rückzugsgebiet für einen deutschen Nationalismus mißbraucht wurde und der Kalte Krieg bereits begonnen hatte. Das Darmstädter Wort benennt in seinen sieben Abschnitten in schonungsloser Offenheit die Irrwege

²³ Vgl. zur EKID-Tagung in Stuttgart: Herbert, Aufbruch, S. 66 ff.

²⁴ Vgl. den Bericht über die Tagung in Bad Boll in: Paul Schempp (Hrsg.), Evangelische Selbstprüfung, Kohlhammer-Verlag Stuttgart

²⁵ Vgl. Feurich, Lebensbericht, S. 174 ff.

²⁶ Zur Entstehung des Darmstädter Wortes vgl. Herbert, Aufbruch, S. 95 ff.

der Kirche. So heißt es in ihm u.a.: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine 'christliche Front' aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. ... Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet. ... Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen ...“²⁷

Zum Schluß ruft dieses Wort die Christen, die durch Christus von allen falschen Bindungen befreit sind, auf, sich nicht durch Spekulationen um einen kommenden Krieg verführen zu lassen, sondern sich in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt zu werden, „die alle und jeder Einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“.²⁸

Für die Evangelischen Christen, die in den darauf folgenden Jahren gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr antraten, gehörten die Stuttgarter Schulderklärung und das "Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes" zum unverzichtbaren Rüstzeug für ihren kirchlichen Standpunkt und ihr politisches Handeln.

Die Kirchenversammlung in Eisenach 1948

Nach Gemeinde- und Synodalwahlen in allen deutschen Landeskirchen und der Konstituierung der entsprechenden Gremien traten im Juli 1948 gewählte Vertreter dieser Landeskirchen in Eisenach zu einer Kirchenversammlung zusammen.²⁹ Nach mehrtägigen Beratungen beschlossen sie die „Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“. Die EKD erstreckte sich als ein Kirchenbund über alle deutschen Besatzungszonen und die vier Sektoren Berlins.

Bischof Wurm legte aus Altersgründen den Vorsitz nieder. Zu seinem Nachfolger wurde Otto Dibelius gewählt als angeblicher Vertreter der Ostlandeskirchen. (Als Bischof der Altpreußischen Union unterstanden ihm zwar auch Kirchengebiete in der SBZ. Sein Wohnsitz und der Sitz seiner Kirchenleitung aber befanden sich in Berlin-West.) Als seinen Stellvertreter wählte die Kirchenversammlung anstelle von Martin Niemöller, dessen ständige Mahnung zu Buße

²⁷ Vgl. den Wortlaut des Darmstädter Wortes bei Herbert, Aufbruch, S. 385 f.

²⁸ Ebd., S. 386.

²⁹ Vgl. den Bericht über die Tagung in: Eisenach 1948, herausgegeben im Auftrag des Rates von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wichern-Verlag, Berlin 1951.

und Umkehr der Kirche vielen Kirchenvertretern äußerst unangenehm war, den Bischof von Hannover Hanns Lilje, einen herausragenden Vertreter des konfessionellen Luthertums. Zum Präsidenten der Synode der EKD wurde der westdeutsche Jurist Dr. Gustav Heinemann gewählt, damals noch Justizminister in Nordrhein-Westfalen und Mitglied der CDU. Der Rat der EKD und seine Synode wurden durch mehrere Fachkammern beraten.³⁰

Im Juli 1948 wurde in Eisenach auch die Vereinigte Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) gegründet (mit einer eigenen Leitung und einer besonderen Synode). In ihr hatten sich die meisten lutherischen Landeskirchen zusammengeschlossen, zusätzlich zu ihrer Zugehörigkeit zur EKD.³¹

Politische Standpunkte zur Deutschlandfrage

Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen Martin Niemöller, Hans Joachim Iwand und alle ihre Freunde aus der KTA, allen voran Karl Barth in Basel, die historische Verpflichtung des besiegten Deutschlands in seiner Brückenfunktion zwischen Ost und West. In zahlreichen Vorträgen und Schriften brachten sie zum Ausdruck, daß Deutschland nach seiner Wiedervereinigung dieser politischen Aufgabe nur als ein neutraler, entmilitarisierter Staat gerecht werden könne.

Auch für Jakob Kaiser, den Vorsitzenden der CDU von Berlin und den fünf Ländern der Ostzone war die Wiedervereinigung Deutschlands ein existentielles Anliegen. Als ehemaliger christlicher Gewerkschaftler hatte er sich an der Opposition gegen Hitler im Umkreis von Gördeler beteiligt. Nach dem 20. Juli 1944 konnte er bis zum Einmarsch der Russen im Mai 1945 versteckt in einem Keller in Berlin überleben.³²

Als ich im Juni 1946 für eine Wahlperiode dem 16-köpfigen Zentralvorstand der CDU in Berlin angehörte, lernte ich Jakob Kaiser näher kennen. Ich besinne mich auf mehrere Vorstandssitzungen, bei denen uns Kaiser tief enttäuscht von seinen Begegnungen mit Konrad Adenauer in den Westzonen berichtete. Adenauer, der seit März 1946 den Vorsitz der CDU in der britischen Zone innehatte, lehnte eine Wiedervereinigung Deutschlands ganz kategorisch ab.

³⁰ Walter Feurich gehörte von 1949 bis 1961 der Kammer für Soziale Ordnung an und nahm nach Möglichkeit an ihren Sitzungen in der BRD oder in West-Berlin teil.

³¹ Als Pressereferent im sächsischen Landeskirchenamt war Walter Feurich nicht nur bei den Beratungen und der Gründung der EKD anwesend, sondern nahm auch an denen zur Gründung der VELKD teil. Als Barth-Schüler und ehemaliger "Dahlemit" gehörte er zu jenen Theologen, die in der VELKD einen verhängnisvollen konfessionalistischen Rückschritt erblickten und ihr Entstehen zutiefst bedauerten. Vgl. dazu: Feurich, Lebensbericht, S. 160 ff.

³² Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. I – Der Aufstieg 1876-1952, dtv München 1994, S. 508 (im folgenden: Schwarz, Bd. I).

Wie wir heute wissen, war Adenauer schon bald nach Kriegsende davon überzeugt, daß es zwischen den Siegermächten Ost und West zu einem Bruch kommen würde. Schon damals war er entschlossen, sich mit den westlichen Siegermächten zu verbinden. Außerdem hatte er festgestellt, daß in den Westzonen zwischen dem katholischen und dem evangelischen Bevölkerungsanteil nahezu ein Gleichgewicht bestand. Weil aber die katholischen Kräfte, gestützt durch ihre straff organisierte Kirche und ihre politischen und organisatorischen Erfahrungen, dominieren würden, wäre eine politische Führung der CDU in Deutschland garantiert. Also: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.³³

Adenauer sollte mit seiner Einschätzung der Siegermächte recht behalten. Im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen, das eine gemeinsame oberste Verwaltung in allen vier Besatzungszonen bestimmte, hatten die USA beschlossen, den Einfluß der UdSSR möglichst weit nach Osten zurückzudrängen oder wenigstens auf den Status quo, also auf die Westgrenze der Ostzone zu beschränken. Diese Wende in der USA-Außenpolitik deutete sich bereits im September 1946 in der Frankfurter Rede des USA-Außenministers Byrnes an und wurde im März 1947 durch die Verkündung der Truman-Doktrin manifestiert. Als im Juni 1948 auf Veranlassung der USA und im Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in der Bi-Zone, in der Französischen Zone und danach auch in West-Berlin einseitig eine westdeutsche Währungsreform durchgeführt wurde, antwortete die UdSSR mit einer Wirtschaftsblockade West-Berlins und einer Währungsreform in der Ostzone. Nach und nach erfolgte in einzelnen Stufen die Vorbereitung auf einen westdeutschen und einen ost-deutschen Teilstaat, bis endlich nach der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik begründet war.

Um die beiden deutschen Staaten und die vier Sektoren Berlins bildete allein die Evangelische Kirche noch ein loses Band. In ihren Verlautbarungen hatte sie sich zwar für den Frieden in Deutschland und in Europa eingesetzt, aber die Vorbereitungen für die beiden deutschen Teilstaaten mit keiner Silbe erwähnt.

Christen im Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD

Zur Haltung Konrad Adenauers

Wie wir von Hans-Peter Schwarz erfahren, sah Adenauer schon bald nach Kriegsende die Westzonen militärisch durch die sowjetischen Streitkräfte bedroht. Schon seit Dezember 1948, also noch ehe er Bundeskanzler wurde, ließ er sich vom ehemaligen Wehrmachtsgeneral Speidel militärpolitisch beraten.³⁴

³³ Zur konfessionellen Frage im Nachkriegs-Deutschland vgl. auch: Herbert, Aufbruch, S. 160.

³⁴ Vgl. Schwarz, Bd. I, S. 580 f.

Als Bundeskanzler wies er im Gespräch mit Vertretern der westlichen Siegermächte wiederholt auf die angebliche Bedrohung der BRD aus dem Osten hin. Schon am 4. Dezember 1949 brachte er in einem Interview in einer US-amerikanischen Zeitung zum Ausdruck, daß nach seiner Meinung Deutschland in einer europäischen Armee unter einem europäischen Kommando zur Verteidigung beitragen sollte. Als daraufhin im In- und Ausland eine Protestwelle hochschlug, ließ er dieses Thema zunächst fallen.³⁵

Das Niemöller-Interview von Marguerite Higgins

Fast gleichzeitig mit jenem Adenauer-Interview suchte die amerikanische Journalistin Marguerite Higgins Martin Niemöller während dessen Rückflug von Korea auf, um ihn nach seiner Sicht über den künftigen deutschen Weg zu befragen. Was sie dann aber in ihrem Artikel über dieses Interview am 14. Dezember in der „New York Herald Tribune“ veröffentlichte, war sinnentstellend vereinfacht. Unter der sensationellen Überschrift „Niemöller for United Reich, even if ist red“ sorgte dieser Bericht für weltweites Aufsehen.

Die sofortigen Richtigstellungen Niemöllers wurden kaum zur Kenntnis genommen. „Im Westen sahen viele in ihm nur einen Mann, der die erste Pflicht, die vorbehaltlose Absage an den Kommunismus, verleugnete, und der die Abwehrbereitschaft des freien Westens gegen seine lebensgefährliche Bedrohung verraten hatte“.³⁶

Zum Entsetzen über Niemöller trug außerdem bei, daß er in diesem Interview auch die konfessionelle Frage in der BRD angeschnitten hatte und seine Bitterkeit über das Übergewicht der Katholiken im Bonner Kabinett in die Worte gekleidet hatte: „Die Bundesrepublik ist in Rom gezeugt und in Washington geboren“.³⁷

Die Erklärung der KTA zur Erhaltung des Friedens

Sieben Wochen später, am 30. und 31. Januar 1950, kam die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft zu einer gesamtdeutschen Tagung in Berlin-Weißensee zusammen, um die politische Lage zu beraten. Deutschland war inzwischen in zwei Staaten aufgespalten, jeder am Gängelband der jeweiligen Besatzungsmacht. Obwohl die UdSSR die Berlin-Blockade im Mai 1949 beendet hatte, hörten die Medien im Westen nicht auf, die Furcht vor einer militärischen Bedrohung des Westens durch die UdSSR zu schüren. Nach gründlicher Beratung verabschiedete die KTA am 31. Januar in Berlin-Weißensee eine „Erklärung zur Erhaltung des Friedens“, die sie der Öffentlichkeit übergab. Für den Westen unterzeichneten diese Erklärung Hermann

³⁵ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 157 ff.

³⁶ Ebd., S. 158 ff.

³⁷ Ebd., S. 160.

Diem, Ebersbach/Fils, und Otto Suppert, Dortmund, für den Osten Walter Feurich, Dresden, und Werner Schmauch, Görlitz, und für Berlin Rudolf Weckerling. Wegen ihrer präzisen Aussagen wird sie hier im Wortlaut zitiert:

„Wir sehen, daß die Mauer zwischen Ost und West, die mitten durch das deutsche Land geht, immer höher wird, daß diesseits und jenseits dieser Mauer die Mächte gegeneinander rüsten und wir müssen damit rechnen, daß diese Maßnahmen die Katastrophe, der sie begegnen wollen, gerade auslösen werden. Wir sind dabei, aus Angst vor einem kommenden Krieg mitten in ihn hineinzutreiben. Es steht nicht in unserer Macht, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Aber jeder ist gefragt, ob er einen Krieg für eine Lösung des weltpolitischen Konfliktes hält. Ein Krieg, wie er auch ausgeht, würde keine Lösung der umstrittenen Probleme bedeuten. Vernichtung und Opfer von unvorstellbarem Ausmaß werden in einem künftigen Krieg auch den Sieger um jeden Gewinn bringen. Wer aber damit rechnet, daß dieser Krieg früher oder später doch ausbrechen müsse, arbeitet damit schon auf diesen hin.

Gestern wurde die Lösung der Lebensfrage unseres Volkes in einem Krieg gesucht. So ist es zur heutigen Lage gekommen. Diesen Weg dürfen wir morgen nicht von neuem gehen. Darum bitten wir die Regierungen und die Glieder unseres Volkes, mögen sie parteipolitisch, berufsständisch, gewerkschaftlich, kirchlich gebunden sein oder nicht: Tut das, was heute Deutschen möglich und geboten ist, um den Krieg zu verhindern: Lehnt jede Aufforderung oder Erlaubnis zur Wiederaufrüstung Deutschlands ab. Widersteht jeder offenen oder geheimen Vorbereitung dazu. Verzichtet heute auf alles Soldatentum. Verweigert den Wehrdienst in jeder Form“.³⁸

Die Synode der EKD von Berlin-Weißensee im April 1950

Vom 24. bis 27. April 1950 tagte die EKD-Synode in Berlin-Weißensee. Der EKD-Synode kam wie in den folgenden Jahren besondere Bedeutung zu, weil sie die einzige Körperschaft öffentlichen Rechts war, die noch eine gesamtdeutsche Vertretung darstellte und das Territorium beider deutscher Staaten direkt erreichen konnte. Bei der großen Spannweite der theologischen und politischen Ansichten der Synodalen war es fast erstaunlich, daß die umfangreiche Schlußerklärung einmütig verabschiedet wurde. In ihr hieß es: „Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet einmütig und unermüdlich vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg einwilligen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen“, und dann weiter: „Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und Fürbitte der Kirche gewiß sein“.³⁹

³⁸ Vgl. Martin Lotz, a.a.O. S. 86.

³⁹ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 168 ff.

Adenauer bietet einen westdeutschen Wehrbeitrag an und Heinemann tritt zurück

Nach Karl Herbert kann man den Korea-Krieg, der am 25. Juni 1950 begann, geradezu als den Vater der deutschen Wiederaufrüstung bezeichnen.⁴⁰

Für Adenauer spielte dabei eine Denkschrift zur Wiederbewaffnung eine wichtige Rolle, welche von den ehemaligen Wehrmachtsgenerälen Hans Speidel, Adolf Heusinger und Hermann Foertsch zusammen mit anderen ausgearbeitet worden war.⁴¹ Alle Verhandlungen über eine deutsche Wiederbewaffnung betrieb Adenauer in allergrößter Heimlichkeit. Weder sein Kabinett noch seine Bundestagsfraktion wurden von ihm unterrichtet. Nur wenige Vertraute seiner engsten Umgebung waren eingeweiht.

Ende August übergab Adenauer dem Hohen Kommissar der USA McCloy ein Sicherheitsmemorandum, in dem er einen deutschen Wehrbeitrag anbot. Dieses Memorandum sollte McCloy zur Außenministerkonferenz mitnehmen, die Mitte September in New York tagen sollte. Man reiste damals noch nicht per Flugzeug, sondern mit dem Schiff.⁴²

Als am 31. August das Kabinett in Bonn zu einer Sitzung zusammentrat, hatten die erstaunten Minister in einer Morgenzeitung von diesem Anerbieten Adenauers gelesen. Innenminister Heinemann war empört. Aus Protest gegen Adenauers eigenmächtiges Handeln und weil er selbst einen deutschen Wehrbeitrag ablehnte, erklärte er noch in der Sitzung seinen Rücktritt. Aber Adenauer zögerte ein persönliches Gespräch mit Heinemann noch bis zum 9. Oktober hinaus. Am 11. September übergab Heinemann dem Kanzler eine Denkschrift, in der es u.a. hieß: „Nach allem, was wir mit dem Vertrauen auf Waffen angerichtet haben, müssen wir uns als Politiker aus christlicher Verantwortung wohl fragen, ob es Gottes Wille ist, daß wir bereits jetzt wieder danach greifen“. Am Tag danach wurde Heinemann als Minister formell entlassen. Einige Zeit später trat er auch aus der CDU aus.⁴³

Hielt sich der Rat der EKD während des Zweiten Evangelischen Kirchentages in Essen am 27. August 1950 noch zu einer Erklärung verpflichtet, in der es hieß: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt“⁴⁴, so sollten seine Verlautbarungen im Herbst 1950 schon ganz anders klingen.

⁴⁰ Ebd., S. 170.

⁴¹ Vgl. Schwarz, Bd. I, S. 753.

⁴² Zu den Planungen Adenauers im August 1950 vgl. Schwarz, Bd. I, S. 753 ff.

⁴³ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 176 ff.

⁴⁴ Ebd., S. 173.

Martin Niemöller protestiert gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung

Wieder war es Martin Niemöller, der sich – wohl unter dem Eindruck, daß die Öffentlichkeit im unklaren gelassen wurde, – eindeutig öffentlich zu Wort meldete.

Zunächst verabschiedete der Bruderrat der EKD unter seinem Vorsitz am 29. September 1950 ein „Wort zur Wiederaufrüstung“. Darin hieß es u.a.: „Unser eigentlicher Feind ist heute die Angst. ... Sie verführt uns dazu, immer nur auf den vermeintlichen Feind und Angreifer zu blicken. Man wird uns die Freiheit, derer wir uns im westlichen Teil des deutschen Landes rühmen, solange nicht wahrhaft glauben können, wie wir die großen sozialen Ungerechtigkeiten nur zögernd und unzulänglich angreifen“.⁴⁵

Am 4. Oktober 1950 richtete Martin Niemöller einen „Offenen Brief“ an den Bundeskanzler, der für großes Aufsehen sorgte. Darin schrieb er u.a.: “Trotz aller gegenteiligen Zeitungsberichte wird die Remilitarisierung Westdeutschlands mit allen Mitteln betrieben. Hohe Offiziere werden eingestellt, Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee sind ab 1. Oktober tätig. ... Die EKD hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne, weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen. ... Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen.“ Niemöller forderte weiter eine Volksbefragung oder, wenn das nicht möglich sei, eine Entscheidung der Staatsbürger durch Neuwahlen.⁴⁶

Durch diesen Brief wurde Adenauer, wie er sich später in seinen Memoiren erinnerte, in eine Erregung versetzt, wie man sie selten an ihm erlebt hatte. Im Kabinett äußerte er: „Was Niemöller jetzt treibt, ist glatter Landesverrat“.⁴⁷

Am 15. Oktober 1950 hielt Niemöller in der Frankfurter Messehalle eine Rede zum Thema „Freiheit“. Darin trat er für einen Teil seiner Behauptungen aus seinem Brief an den Kanzler den Wahrheitsbeweis an. Er las aus einem Brief vom 1. Oktober 1950 vor, den ein Bekannter, ein ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht aus Bad Kissingen, an ihn geschrieben hatte. Dieser Bekannte berichtete u. a., daß er ab 1. Oktober 1950 in Würzburg die Führung eines Organisationsstabes übernehmen werde, der deutsche Einheiten für eine europäische Armee aufstellt.

Diese Rede wurde Walter Feurich als Flugblatt mit dem Titel „Auf Gewalt ruht kein Segen“ von dem Darmstädter Studentenpfarrer Herbert Mochalski zuge-

⁴⁵ Ebd., S. 173 f.

⁴⁶ Ebd., S. 179.

⁴⁷ Ebd.

sandt.⁴⁸ Mochalski war Geschäftsführer des Bruderrates der EKD, dessen Geschäftsstelle sich im Hause Mochalskis in Darmstadt am Roquetteweg befand. Seit einiger Zeit gab Mochalski von dort aus auch „Die Stimme der Gemeinde“ als „Evangelische Monatszeitschrift“ heraus. Nach ihrem Selbstverständnis strebte diese Zeitschrift die Erneuerung der Evangelischen Kirche an: "heraus aus dem traditionell erstarrten Konfessionalismus, hin zu einer Gemeindekirche von Brüdern und Schwestern, die auch um ihre politische Verantwortung wissen und die die gesellschaftliche und ökonomische Ordnung ihres Lebens mitgestalten wollen".

„Die Stimme der Gemeinde“ und alle anderen Veröffentlichungen des Stimme-Verlags verbanden damals jene Theologen und Gemeindeglieder, die durch die Theologie von Karl Barth, Hans Joachim Iwand oder Dietrich Bonhoefer geprägt waren, mit zahlreichen Christen der jüngeren Generation.⁴⁹ Damals gab auch eine Flugschrift aus dem Stimme-Verlag Auskunft darüber, warum Heinemann als Innenminister zurückgetreten war.⁵⁰

Karl Barth nimmt Stellung zur westdeutschen Wiederaufrüstung

Auch Karl Barth griff damals von Basel aus in die Debatte um die Wiederaufrüstung der BRD ein. Das Flugblatt des Berliner Unterwegs-Kreises vom 1. November 1950 mit dem Titel „Fürchtet Euch nicht“ enthielt Barths Stellungnahme zur Wiederaufrüstung der Bundeswehr.⁵¹ Aus vier Gründen lehnte Barth eine westdeutsche Wiederaufrüstung entschieden ab: Sie sei für die ausgeblutete deutsche Jugend unzumutbar, sie bedeute eine direkte Herausforderung der SU, sie schwäche im Inneren die Konzentration auf die ungeheuerlich großen sozialen Aufgaben zur Bewältigung der Kriegsfolgen und sie wecke schließlich das Unbehagen der europäischen Nachbarn vor dem Wiedererstehen des deutschen Militärs.

Während Barth und Heinemann gegen eine deutsche Wiederaufrüstung streng rational argumentierten, stellten Niemöller und Mochalski darüber hinaus noch stärker ihren christlichen Zeugendienst und ihre Verantwortung vor Gott argumentativ heraus. Sie alle vertraten theologisch die Königsherrschaft Jesu Christi. Die konservativen Christen, die die „Zwei-Reiche-Lehre“ vertraten, waren über Barth, Niemöller, Heinemann und ihre Freunde entsetzt. Viele hatten sich inzwischen mit der Politik Adenauers angefreundet, einige waren sogar Mitglieder seiner Partei geworden. Diese Tatsache wirkte sich nachhaltig auf alle weiteren öffentlichen Erklärungen der EKD aus.

⁴⁸ Vgl. das Flugblatt Bd. KTA im Walter-Feurich-Archiv.

⁴⁹ In der DDR war es oft schwierig, die "Stimme" postalisch zu empfangen.

⁵⁰ Vgl. das Flugblatt "Dr. Gustav Heinemann: Warum ich zurücktrat", Bd. KTA im Walter-Feurich-Archiv.

⁵¹ Vgl. auch: Herbert, Aufbruch, S. 182 f.

Die Spandauer Erklärung des Rates und der Kirchenkonferenz der EKD

Die große öffentliche Unruhe über die Vorgänge jener Woche und die Forderung nach einer Stellungnahme der EKD veranlaßte die Einberufung einer Sondersitzung des Rates der EKD und ihrer Kirchenkonferenz für den 17. November 1950 nach Berlin-Spandau. Nach einem fünfzehnstündigen harten Ringen kam es zu jener Erklärung der EKD, die deren klare Position gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung endgültig verließ. Sie anerkannte zwar Ernst und Gewicht von Niemöllers Feststellung und versagte auch der Gewissensentscheidung Heinemanns nicht ihre Achtung. Aber sie erklärte, daß die Frage, ob eine wie immer geartete Wiederaufrüstung Deutschlands unvermeidlich sei, im Glauben verschieden beantwortet werden könne. Am Schluß der Spandauer Erklärung äußerte der Rat der EKD erneut seine Bitte an alle Amtsträger der Kirche, sich in ihren politischen Äußerungen zurückzuhalten.⁵²

Aber Niemöller, Heinemann, Mochalski und ihre Freunde aus den Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaften oder den Kirchlichen Bruderschaften (wie sie sich teilweise umbenannt hatten) dachten nicht daran, sich vom Rat der EKD den Mund verbieten zu lassen. Es ist hier nicht möglich, ihre zahlreichen Versammlungen, Aktionen und Aufrufe zu benennen, erst recht nicht die der politischen Oppositionsparteien, mit denen sie alle versuchten, ihre Mitbürger auf die negativen Folgen und die großen Gefahren einer westdeutschen Wiederaufrüstung hinzuweisen und sie zum Protest bei den deutschen Bundestagswahlen im September 1953 zu bewegen.

Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas und die Gesamtdeutsche Volkspartei

In Dresden erfuhr Walter Feurich, daß Heinemann zusammen mit anderen am 21. November 1951 die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ gegründet hatte, um alle jene Deutschen zu vereinen, die gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung und für eine deutsche Wiedervereinigung eintraten. Zusammen mit Freunden aus der KTA Sachsen trat Feurich dieser Notgemeinschaft bei.

Ein halbes Jahr danach, Ende Mai 1952 unterzeichnete die Regierung der BRD die sogenannten „Westverträge“, die u.a. den Beitritt der BRD zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beinhalteten. Aber bevor diese Westverträge in Kraft treten konnten, mußten sie noch von allen Vertragspartnern ratifiziert werden. Da das noch eine unbestimmte Zeit in Anspruch nehmen würde, kam es für die westdeutschen Gegner dieser Verträge darauf an, die verbleibende Zeit

⁵² Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 183 ff.

zu nutzen, um eine möglichst große Anzahl von Bürgern gegen diese Verträge zu mobilisieren.

Auf die zahlreichen Aktionen der SPD und der Gewerkschaften, die dem gleichen Zweck dienten, kann hier nicht näher eingegangen werden. Das Verhältnis der SPD zu den Christen war damals noch unterentwickelt. Deshalb gründete Gustav Heinemann am 29./30. November 1952 zusammen mit dem Wuppertaler Industriellen Adolf Scheu, dem ehemaligen Münchner Bürgermeister Robert Scholl⁵³ und der katholischen Politikerin Helene Wessel die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP). In ihrem Gründungsaufwurf war zu lesen: „Die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik sehen wir in der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung unseres Volkes zu einem einheitlichen Staatswesen, welches Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zur Grundlage seiner Ordnung hat.“⁵⁴

Bis zu den Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag am 6. September 1953 blieben der GVP nur noch knapp zehn Monate. Bei ihrem Wahlkampf, den sie mit großem Elan betrieb, fehlten ihr aber ein eingespielter Apparat, das erforderliche Geld und der Zugang zu den Medien. Erschwerend kam hinzu, daß die Ereignisse um den 17. Juni in der DDR den westdeutschen Antikommunismus noch verstärkten, so daß die konservativen Parteien neue Wähler erhielten. Bei der Bundestagswahl im September konnte die GVP zwar in einigen Gemeinden mit sechs bis elf Prozent der Stimmen für sich ein beachtliches Ergebnis verbuchen. Bundesweit erhielt sie aber nur 1,16 Prozent. So scheiterte sie an der damals neu eingeführten Fünf-Prozent-Klausel.⁵⁵

Im Mai 1957 beschloß die GVP ihre Auflösung. Ihren Mitgliedern empfahl sie den Anschluß an die SPD. Heinemann trat selber dieser Partei bei, kandidierte in ihr zum Dritten Deutschen Bundestag 1957 und erhielt für die SPD ein Bundestagsmandat.

Auf die verschiedenen Noten der SU und von Vertretern der DDR, die auf unterschiedliche Weise ein wiedervereinigtes Deutschland anboten, kann hier nicht näher eingegangen werden. Soweit sie die BRD direkt betrafen, wiegelte Adenauer sie ab, ohne ihre Ernsthaftigkeit zu prüfen. Betrafen sie die westlichen Siegermächte, so setzte er sein diplomatisches Ränkespiel ein, um eine positive Antwort zu hintertreiben. Das alles stand im Gegensatz zu seinen zahlreichen Beteuerungen, mit denen er seine „Brüder und Schwestern in der Ostzone“ immer wieder bedachte und die von vielen gläubig hingenommen wurden. Auch die Verschärfung des Kalten Krieges in den beiden deutschen Staaten kann hier nicht dargestellt werden. So haben das KPD-Verbot in der BRD und der Kampf gegen die Junge Gemeinde in der DDR und später ihr Versuch, die Jugendweihe

⁵³ Robert Scholl war der Vater der Geschwister Scholl.

⁵⁴ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 202 ff.

⁵⁵ Ebd., S. 210.

für alle Schülerinnen und Schüler zur unbedingten Pflicht zu machen, im Westen und im Osten viele Menschen betroffen und zahlreiche Opfer gefordert.

Adenauer strebt den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO an

Am 30. August 1954 platzte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Nach langen Verhandlungen hatte die Französische Nationalversammlung, deren Zustimmung als letzte fällig war, die Ratifizierung der Westverträge abgelehnt. Adenauer hatte diese Entwicklung, die ihm sehr gelegen kam, schon länger kommen sehen. Konnte er doch nun offiziell und intensiv die Aufnahme Deutschlands in die NATO betreiben, die er eigentlich von Anfang an angestrebt und seit einiger Zeit in Geheimdiplomatie vorbereitet hatte. Schon knapp zwei Monate später, am 24. Oktober 1954, wurden in Paris die sogenannten Pariser Verträge paraphiert, die danach noch von allen Parlamenten der Teilnehmerstaaten ratifiziert werden mußten. Sie beinhalteten den Beitritt der BRD zur NATO und zur Westeuropäischen Union bei deutschem Verzicht auf ABC-Waffen und regelte außerdem den neuen Status der BRD als souveräner Staat.⁵⁶

Die Gesamtdeutsche Aktion und das Deutsche Manifest

Angesichts der bevorstehenden Ratifizierung der Pariser Verträge nach drei Lesungen im Deutschen Bundestag, sammelte sich die westdeutsche Opposition zu der sog. „Gesamtdeutschen Aktion“, einem Zusammenschluß der Gewerkschaften und der SPD mit Kreisen der GVP, aber auch mit sich sammelnden Bürgern aus evangelisch-kirchlichen Kreisen unter Mitbeteiligung von katholischen Christen.

Offizieller Höhepunkt der „Gesamtdeutschen Aktion“ war am 29. Januar 1955, also wenige Tage vor der dritten Lesung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag, eine eindrucksvolle Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche, die über alle deutschen Sender übertragen wurde. Vor etwa tausend geladenen Gästen sprachen der Soziologe Alfred Weber, Georg Reuter vom Gewerkschaftsvorstand, der Vorsitzende der SPD Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der GVP Gustav Heinemann, der katholische Theologe Johannes Hesse und die evangelischen Professoren Helmut Gollwitzer und Ernst Lange. Die Versammelten verabschiedeten das „Deutsche Manifest“, das in kurzer Zeit von sechzig Hochschulprofessoren und anderen Persönlichkeiten wie Fritz Bauer, Walter Dirks, Albrecht Goes, Heinz Hilpert und Lili Simon unterzeichnet wurde.⁵⁷ Die Bundesregierung aber tat die Versammlung in der Paulskirche und das Manifest als „Druck der Straße“ ab.⁵⁸

⁵⁶ Ebd., S. 213.

⁵⁷ Ebd., S. 214.

⁵⁸ Ebd., S. 216.

Während der Wochen und Monate der drei Bundestagslesungen der Pariser Verträge gab es in der BRD gegen sie eine Fülle von Äußerungen und Eingaben an den Deutschen Bundestag aus Ost und West, auch von solchen Pfarrern und Kirchenleuten, die bisher nicht zu den Kreisen um Niemöller und Heinemann gehört hatten. Der Rat der EKD sah sich damals nicht in der Lage, zu den Verträgen eine eindeutige Stellung abzugeben. Aber erneut ermahnte er die evangelischen Amtsträger zu politischer Zurückhaltung.

Die Bundesregierung mit Konrad Adenauer an der Spitze setzte sich am 27. Februar 1955 über alle Mahnungen und Proteste hinweg. Der Deutsche Bundestag ratifizierte in seiner Dritten Lesung die Pariser Verträge mit einer Zweidrittelmehrheit.

Am 6. Mai 1955 trat die BRD nunmehr als souveräner Staat der NATO bei. Am 7. Juli 1956 beschloß der Deutsche Bundestag die allgemeine Wehrpflicht.

Christen im Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr

Martin Niemöller

Im Kampf gegen atomare Rüstung, zunächst gegen die atomare Aufrüstung der Deutschen Bundeswehr, wurde Martin Niemöller einer der wichtigsten Streiter. Auf seine Anregung hin fand im Juni 1954 ein Gespräch mit den Atomphysikern Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker statt, an dem außer Niemöller noch Otto Dibelius und Helmut Gollwitzer teilnahmen. Damals erfuhr Niemöller, daß es kein Problem sei, einen Apparat zu bauen, mit dem man alles Leben auf dieser Erde auslöschen könne.⁵⁹

Bald danach erfuhr er durch die Aussage des berühmten Chemikers Linus Pauling, daß bereits die Testexplosion einer einzigen Wasserstoffbombe zum vorzeitigen Tod von 15 000 Menschen und zu einer ähnlich großen Zahl von Fehl- und Frühgeburten führe. Beide Mitteilungen versetzten Niemöller in einen tiefen Schock. Wie er später berichtete, habe er sich gefragt, was das Neue Testament zum Krieg aussagt. Er habe es darauf hin noch einmal von seiner ersten bis letzten Zeile aufmerksam durchgelesen. An keiner Stelle habe er auch nur eine Spur der Rechtfertigung von Gewalt und Krieg gefunden. Das brachte ihn zum neuen Nachdenken.⁶⁰ So wurde aus dem U-Boot-Kommandanten des Ersten Weltkrieges ein Pazifist, ein Atom pazifist. Mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und allen seinen besonderen Möglichkeiten setzte er sich von da an, wo immer man seine Stimme hören wollte, für den Frieden ein, zusammen

⁵⁹ Vgl. Hans Joachim Oeffler: Die Wandlungsprozesse im Leben von Martin Niemöller, in: Ruf zur Umkehr – Broschüre des Martin-Niemöller-Arbeitskreises, Erfurt 1989.

⁶⁰ Ebd., S. 21.

mit anderen Friedensfreunden ohne Rücksicht auf deren Religion oder Weltanschauung. Im Laufe der Jahre wurde er zum Präsidenten mehrerer weltweiter Friedensorganisationen gewählt. In der Kirche arbeitete er in der Christlichen Friedenskonferenz Prag mit. In der Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre wurde er von den Jüngeren als der „grand old man“ im Friedenskampf anerkannt. Er gehörte zu den Mitunterzeichnern des „Krefelder Appells“. Für Walter Feurich und seine Frau war er der zuverlässige väterliche Freund, noch über den Tod von Walter Feurich hinaus.

Der Militärseelsorgevertrag

Schon seit langer Zeit hatten Vertreter der EKD mit Vertretern des Staates über Militärseelsorge bei der Bundeswehr verhandelt. Die Beratung und Beschlußfassung über einen entsprechenden Vertrag zwischen Staat und Kirche wurde von der Frühjahrssynode der EKD 1957 erwartet. Plötzlich wurden Kirche und Öffentlichkeit durch die Nachricht überrascht, daß bereits am 22. Februar 1957 der Militärseelsorgevertrag vorbehaltlich der Zustimmung durch die Frühjahrssynode vom Bundeskanzler und dem Verteidigungsminister Strauß einerseits und dem Ratsvorsitzenden Dibelius und dem Leiter der Kirchenkanzlei Brunotte andererseits feierlich unterzeichnet worden war.⁶¹

Ich besinne mich noch deutlich auf die Empörung der verschiedenen Vertragsgegner in Ost und West. Auch Walter Feurich beteiligte sich an der Organisation schriftlicher Proteste. Sie fanden es unerhört, daß die Vertragsparteien vollendete Tatsachen geschaffen hatten, der die Synode nur noch zustimmen oder sie ablehnen konnte. Nach Meinung der Vertragsgegner sollte es wohl eine Seelsorge an den Soldaten geben, aber nicht durch Pfarrer, die vom Staat angestellt und finanziert wurden. Als Staatsbeamte würden die Militärpfarrer veranlaßt sein, sich in ihrer Seelsorge nach den staatlichen Erwartungen und Interessen zu richten. Als die Synode vom 3. bis 8. März in Berlin Spandau tagte, kam es über den Vertrag zu heftigen Auseinandersetzungen. Heinrich Vogel, Theologieprofessor in West- und Ostberlin, und Martin Niemöller stellten die Frage nach dem Inhalt der Seelsorge: „Haben wir ein Recht“, so fragte Niemöller u. a., „dem für Atomwaffen auszubildenden Soldaten ein gutes Gewissen zu machen für das, was er zu tun sich anschickt?“ Dagegen führte Professor Walter Künneth, ein lutherischer Theologe, in seinem Redebeitrag aus, daß die Militärseelsorge nicht den Beruf des Waffenträgers kritisch moralisch infrage zu stellen habe. Sie habe ihm vielmehr auch in harten Fällen der Pflichtkollision mit ihrem Trost beizustehen.⁶²

⁶¹ Vgl. zum Militärseelsorgevertrag: Herbert, Aufbruch, S. 253 ff.

⁶² Ebd., S. 258 f.

„Im Grunde“, so resümiert Karl Herbert, „war es die gleiche Situation wie in den vorangegangenen Debatten um Wiederbewaffnung und Wehrpflicht: Auf der einen Seite die, die bedrängende Gewissensfragen stellten und Konsequenzen forderten, wobei sie sich dem Verdacht der Schwärmerei aussetzten, auf der anderen Seite jene, die im Blick auf die politischen Realitäten und unter Berufung auf die reinliche Scheidung der beiden Reiche den ihnen aufgetragenen Trost des Gewissens betonten“.⁶³

Am Ende der Synode wurde der Militärseelsorgevertrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit ratifiziert. Diese Mehrheit war dadurch zustande gekommen, daß sich die Synodalen aus der DDR nicht ihrer Stimme enthalten hatten, obwohl sie der Inhalt des Vertrages doch überhaupt nicht betraf.

Damals veranlaßte die Ratifizierung des Militärseelsorgevertrags durch Synodale aus der DDR die Regierung des ostdeutschen Staates, ihr Verhältnis zu den evangelischen Kirchen in ihrem Land zu überdenken und kritisch neu zu gestalten.

Taktische Atomwaffen als "Erweiterung der Artillerie"

Am 2. April 1957, also wenige Wochen danach, wurde durch eine Große Anfrage der SPD an den Deutschen Bundestag bekannt, daß die Bundesregierung im Rahmen der NATO die Bewaffnung der Deutschen Bundeswehr mit Atomwaffen anstrebte.

Drei Tage später, am 12. April 1957, erklärte der Bundeskanzler in einer Pressekonferenz, daß die Deutschen die Entwicklung hin zu den taktischen Atomwaffen nicht stoppen könnten. Sie könnten sich nur anpassen. Aber man müsse zwischen den große Atomwaffen und den taktischen Waffen unterscheiden. Wörtlich fuhr er fort. „Die taktischen Waffen sind nichts anderes als die Weiterentwicklung der Artillerie“.⁶⁴ Damit war die erste große Atomwaffendiskussion in der Geschichte der BRD eröffnet.

Die Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler und ihre Folgen

Eine Woche später, am 12. April 1957, sorgte eine Erklärung aus Göttingen von achtzehn Atomwissenschaftlern von Weltruf für die Richtigstellung der Adenauerschen Behauptung und die Aufklärung der Öffentlichkeit. Sie wiesen u.a. darauf hin, daß die taktischen Atomwaffen die Zerstörungskraft von Atombomben hätten. Jede einzelne Atomgranate hätte eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe in Hiroshima. „Heute kann eine taktische Atomwaffe eine kleine Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch ihre Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung

⁶³ Ebd., S. 260.

⁶⁴ Ebd., S. 268.

der Bundesrepublik heute schon ausrotten.“ Am Ende ihrer umfangreichen Erklärung hieß es: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.“⁶⁵

Diese Erklärung „rief große Aufregung und von Regierungsseite zornige Reaktionen hervor“. Aber Adenauer schaltete sich geschickt ein. Er lud am 17. April 1957 drei der Atomwissenschaftler, Otto Hahn, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker, ins Kanzleramt zu einer Besprechung ein, an der außer ihm Verteidigungsminister Strauß, die Staatssekretäre Hallstein, Globke und Rust, die Generäle Speidel und Heusinger und Bundespressechef von Eckardt teilnahmen. Am Schluß der Aussprache unterzeichneten alle Anwesenden „ein gemeinsames Kommuniqué, in dem alle Beteiligten übereinstimmend die unabdingbare Notwendigkeit einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung betonten“.

So wurde bei der breiten Öffentlichkeit eher der Eindruck einer Übereinstimmung geweckt und im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst des Jahres der bedenkliche Vorstoß der Atomwissenschaftler abgewehrt.⁶⁶

Doch bei Menschen, die zum Nachdenken bereit waren, löste die Göttinger Erklärung ein breites Echo aus, das noch im April 1957 durch einen Appell Albert Schweitzers verstärkt wurde, der von Oslo aus über fünfzig Sender auch in die BRD ausgestrahlt wurde. Hier nur einige Zwischenüberschriften dieses Appells: „Atomstaub bleibt 40 Jahre in der Luft – Wie die Radioaktivität in uns eindringt – Die amtlichen Erklärungen gehen am Kern vorbei – Blutkrankheiten und Schädigung an der Erbmasse – Mißgeburten 2000 Jahre danach – Jede weitere Versuchsexplosion ist ein Unglück“.⁶⁷

Die Göttinger Erklärung löste eine Kette von Reaktionen aus. Atomphysiker aus der DDR mit Manfred von Ardenne an der Spitze brachten ihre enge Verbindung mit ihren westdeutschen Kollegen zum Ausdruck. Die erste Reaktion aus dem kirchlichen Bereich war ein Telegramm an die Göttinger mit dem Inhalt: „Wir sind tief bewegt davon, daß deutsche Gelehrte aus ihrem wissenschaftlichen Ethos und letzter Verantwortung ihre Gewissensbindung über alle anderen Rücksichten gestellt haben“. Die Unterzeichner waren Martin Niemöller, Hans Stempel, Heinrich Grüber, Gustav Heinemann, Helmut Gollwitzer, Hans Joachim Iwand, Heinrich Vogel, Martin Fischer und Kurt Scharf.⁶⁸

⁶⁵ Ebd., S. 268 f.

⁶⁶ Ebd., S. 267 f.

⁶⁷ Ebd., S. 268 f.

⁶⁸ Ebd., S. 271.

Bald danach fand Professor Heinrich Vogel die Zustimmung aller Dekane⁶⁹ zu seiner Erklärung, die das politische Wort der Forscher zu einer theologischen Aussage vertiefte und die Massenvernichtungsmittel nicht nur als tödliche Gefahr, sondern als Mißbrauch der Gaben Gottes, als Verrat am Menschen und als Lästerung der göttlichen Güte kennzeichnete. Erstaunlich war, daß alle sieben Bischöfe in der DDR – auch die lutherischen und der Präsident von Anhalt – diesem Wort zustimmten. Weiter machten sich auch die Synode von Berlin-Brandenburg, die Kirchenleitung von Hessen und Nassau, die des Rheinlandes, der Westfälische Pfarrerrat und die Synode der EKD dieses Wort zu eigen.

Im Gegensatz dazu beschlossen noch im Mai 1957 die Generalsynode der VELKD und die lutherischen Bischöfe eine Erklärung, die für kritische Beobachter den Versuch darstellte, anscheinend über den Kontroversen stehend, „geistliche Ermahnungen auszusprechen, die konkreten Entscheidungen aber vertrauensvoll den Verantwortlichen zu überlassen“ – also wieder die typische, durch die Zwei-Reiche-Lehre bedingte Haltung von Lutheranern. Die regierungsnahen Presseorgane zollten dann auch der Haltung der VELKD-Vertretern hohes Lob.⁷⁰

Am 10. Mai 1957 wurde von der Mehrheit des Deutschen Bundestages nach heftiger, kontrovers geführter Debatte eine EntschlieÙung angenommen, in der es hieß, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr jetzt nicht zur Entscheidung stehe. Dadurch wurde vor der Bundestagswahl im Herbst für eine breite Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, daß die Lage doch nicht so bedrohlich sei, wie sie die Wissenschaftler dargestellt hatten.⁷¹

Bei der Bundestagswahl im September 1957 erhielten CDU und CSU zusammen über 50% aller Stimmen. Im Dritten Deutschen Bundestag verfügten die beiden „christlichen“ Parteien zusammen mit der DP über 287 Sitze gegenüber 210 von SPD und FDP.⁷²

Adenauer plant eine deutsche Herstellung von Atomwaffen

Wie Hans-Peter Schwarz berichtet, dachte aber Adenauer nicht daran, seine Bestrebungen für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aufzugeben. Gegen den Rat seines Außenministers von Brentano ging er auf die Initiative französischer Radikalsozialisten ein, auf französischem oder italienischem Hoheitsgebiet gemeinsam mit Frankreich und Italien die Herstellung von Atomwaffen zu erforschen und auszuführen. Deutscherseits wurden die geheimen

⁶⁹ Vermutlich handelt es sich um die Zustimmung aller Dekane der Theologischen Fakultäten an den Universitäten der DDR.

⁷⁰ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 272 f.

⁷¹ Ebd., S. 275.

⁷² Ebd.

Verhandlungen vom Verteidigungsminister Franz Josef Strauß geführt. Am Ostermontag 1958 wurde in Rom unter strengster Geheimhaltung ein entsprechendes Abkommen von den drei Verteidigungsministern unterzeichnet.⁷³

Als bald darauf in Paris die Vierte Republik gestürzt und de Gaulle Ministerpräsident wurde, sistierte er jenes Abkommen. Damals beeilte sich Adenauer, die ganze Verantwortung für die Verhandlungen und die Unterzeichnung des Abkommens allein auf seinen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß abzuschieben.⁷⁴

Die Bundestagsdebatte zur Deutschlandfrage vom 24./25. Januar 1958

Im Herbst 1957 waren in der Weltpolitik Tendenzen aufgetreten, die große Aufmerksamkeit und lebhaftes Echo weckten. Der polnische Außenminister Rapacki hatte der Öffentlichkeit den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Europa mit einer insgesamt reduzierten Rüstung vorgelegt, und der angesehene Diplomat Georg Kennan entwickelte seine Idee des Disengagements mit einem neutralisierten, wiedervereinigten Deutschland.⁷⁵

Das führte zur Thematisierung der Deutschlandfrage im Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung hatte ja trotz ihres sensationellen Wahlerfolges vom September 1957 in der Frage der Wiedervereinigung nicht den geringsten Fortschritt erreicht. In der denkwürdigen Bundestagssitzung am 24. und 25. Januar 1958, die erst lange nach Mitternacht endete, hatte Adenauer seine erste große parlamentarische Niederlage hinzunehmen. „Von zwei seiner ehemaligen Bundesministern: Thomas Dehler von der FDP und Gustav Heinemann, jetzt SPD, muß er sich eine schneidende Abrechnung über seine gescheiterte Deutschlandpolitik anhören“.⁷⁶

Gestützt auf sein „Insiderwissen“ stellte Thomas Dehler in seiner furiosen Rede heraus, daß Adenauer eine Wiedervereinigung Deutschlands niemals gewollt habe.⁷⁷ Heinemann gab mit seiner Rede als neu gewählter Bundestagsabgeordneter der SPD seinen Einstand. Vor „einer entsetzten CDU/CSU-Fraktion und einer Millionenhörerschaft am Rundfunk“ nahm er in seiner großartigen Anklagerede die angebliche Wiedervereinigungspolitik Adenauers schonungslos auseinander.⁷⁸ Ganz besonders erregte seine konservativen Zuhörer, daß er aussprach, daß Jesus Christus nicht gegen Karl Marx, sondern

⁷³ Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer Bd. II – Der Staatsmann – 1952-1967, dtv München 1994, S. 394 ff. (im folgenden: Adenauer Bd. II).

⁷⁴ Ebd., S. 401.

⁷⁵ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 275.

⁷⁶ Ebd., S. 275 f.

⁷⁷ Vgl. Schwarz Bd. II, S. 406.

⁷⁸ Ebd., S. 407.

für uns alle gestorben sei. Nach Meinung von Hans-Peter Schwarz „verbanden sich in seiner Rede kalter protestantischer Fundamentalismus und politisches Kalkül auf eine Art und Weise, wie sie in europäischen Parlamenten nicht mehr so vollendet zu beobachten war“.⁷⁹

Der konservative Theologe Hanns Lilje stellte in seinem Allgemeinen Sonntagsblatt fest, daß das gegenwärtige Parlament eine so unmittelbare und substantiell christliche Redeweise wahrscheinlich noch nicht gehört habe. Die regierungsnahе Zeitschrift „Christ und Welt“ bezeichnete die Rede als „das Unerfreulichste dieses Tages“.⁸⁰

Nach Meinung von Hans-Peter Schwarz ist Adenauer nie zuvor und danach so gnadenlos persönlich attackiert worden.⁸¹ Während sich der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone und Außenminister von Brentano um Antworten bemühten, „starrte der Kanzler nur hochmütig und abwesend in den nächtlichen Tumult, wo sich das Scherbengericht über seine frühere Deutschlandpolitik vollzieht und schweigt beharrlich“.⁸²

Zustimmung des Deutschen Bundestages zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr

Am 18. März 1958 stellte Fraktionsvorsitzender Krone vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest: „Wir bemühen uns ... um kontrollierte Abrüstung. ... Sollten diese Bemühungen ohne Erfolg sein, so ist eine Bewaffnung unserer Soldaten mit atomaren Waffen unvermeidbar. Ich stelle fest, daß die Fraktion ohne Widerspruch in dieser Richtung beschließt“.⁸³

Trotz machtvoller Kundgebungen der Bewegung „Kampf dem Atomtod“, zu denen sich in Frankfurt und anderen Städten viele Menschen aus der SPD und den Gewerkschaften mit Angehörigen der FDP, mit Kirchenleuten, bekannten Schriftstellern und Gelehrten zusammengeschlossen hatten, blieb die CDU/CSU Fraktion bei ihrer Entscheidung.

Nach tagelanger heftiger Redeschlacht im Deutschen Bundestag verabschiedete sie am 25. März 1958 mit absoluter Mehrheit eine Erklärung, in der es hieß: „Der Bundestag stellt fest, daß die Bundeswehr lediglich der Erhaltung des Friedens und der Verteidigung dient. Darum fordert er die Bundesregierung auf, bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens den Aufbau der deutschen Landesverteidigung im Rahmen der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fortzusetzen. In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 276.

⁸¹ Vgl. Schwarz, Bd. II, S. 404.

⁸² Ebd., S. 408.

⁸³ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 276.

Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten können“.⁸⁴ So wurde mit der Forderung nach modernen Waffen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr geschickt umschrieben.

Die EKD-Synode in Spandau und Weißensee vom April 1958

Für den 26. bis 30. April 1958 wurde die EKD-Synode für die westlichen Synodalen nach Berlin-Spandau und für die aus dem Osten nach Berlin-Weißensee einberufen.

Bereits im Oktober 1957 war der Versuch gelungen, die Kirchlichen Bruderschaften und ähnliche Gruppierungen aus der BRD, der DDR und aus Berlin auf einer Tagung in Wuppertal erneut zu bündeln. Für die KTA Sachsen hatte sich Walter Feurich zu jener Tagung angemeldet, war aber dann wegen eines Motorradunfalls nicht reisefähig. An der Spitze des neu gegründeten „Arbeitskreises Kirchlicher Bruderschaften“ standen Landesgerichtsrat Dr. Helmut Simon von der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland und Pfarrer Heinz Kloppenburg von der Kirchlichen Bruderschaft Westfalens.⁸⁵ Diese beiden hatten auch jene „Anfrage“ unterzeichnet, die allen EKD-Synodalen im März 1958 einige Wochen vor den Synoden zugesandt wurde.

In dieser „Anfrage“ war zunächst der qualitative Unterschied der nuklearen Vernichtungsmittel zu den herkömmlichen Waffen herausgestellt, die, weil sie gegen Militär und Zivilbevölkerung gleichermaßen gerichtet sind, einen Verteidigungskrieg illusorisch machen, da sie das zu Verteidigende selbst zerstören und weil sie im Gegensatz zu allen früheren Kriegen gänzlich Unbeteiligte ebenso treffen wie künftige Generationen. "Damit ist nach unserer Erkenntnis für die Kirche jetzt der Status confessionis gegeben und ein vorbehaltloses Nein geboten."⁸⁶

"Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens."⁸⁷

Diese kritische „Anfrage“ der Bruderschaften und der Inhalt ihrer zehn Thesen lösten bei der Synode ein starkes und zumeist kritisches Echo aus und schoben deren eigentliches Thema „Erziehung“ zur Seite. Wieder standen sich die mehrfach beschriebenen theologischen Gruppen gegenüber, die, die um die Königsherrschaft Jesu Christi und damit um ihre eigene politische Verantwortung aus

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Vgl. im Walter-Feurich-Archiv Bd. KTA.

⁸⁶ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 277.

⁸⁷ Ebd.

ihrem christlichen Glauben wußten, und jene, die ein christliches Nein zu den atomaren Waffen für eine nicht erlaubte Politisierung der Kirche hielten.

Aus der zweitägigen Beratung und der überaus heftigen Diskussion sollen hier nur zwei Beiträge herausgegriffen werden.

Der Theologieprofessor Heinrich Vogel sagte in großer Eindringlichkeit: „Den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es das Evangelium von Jesus Christus sagt, zum Gegenstand von Massenvernichtungsmitteln auch nur in Gedanken machen zu wollen, ist Sünde, ist Sünde! Sünde ist noch mehr als Verbrechen und Wahnsinn. ... Es handelt sich ja gar nicht um Waffen, sondern um Mittel, mit denen der Mensch en masse, ob Säugling oder noch nicht geboren, ob schuldig oder unschuldig, ausgerottet werden sollte wie ein Schwarm giftiger Fliegen. ... Ihr Abwurf ist ein nihilistischer Akt, mit ihm wird man alles, was man retten wollte, sei es Recht, sei es Freiheit, sei es Friede oder auch nur das menschliche Leben ... eben damit, daß man das tut, schon zerstört haben“.⁸⁸

Demgegenüber führt der Erlanger Professor für Systematische Theologie Walter Künneth u.a. aus: „Ich möchte genauso kompromißlos wie Bruder Vogel formulieren: Es kann verantwortungslos, unethisch, in der Tat Sünde sein, auf Abrüstung (muß Aufrüstung heißen, Herbert) zu verzichten“. Zusammenfassend erklärte er, daß ein christliches Nein gegen die atomare Aufrüstung für ihn die Politisierung der Kirche bedeute.⁸⁹ Hans Assmussen, der zu den Thesen der Bruderschaften zehn Gegenthesen verfaßt hatte, ging sogar so weit, in der Atombombe eine Strafrute Gottes zu sehen.⁹⁰

Vergeblich wies ein Synodaler aus Thüringen auf die Tausenden von Eingaben an die Synode hin, von denen viele ernst zu nehmen seien: „Wenn etwa unsere Gemeindemitglieder uns beschwören um Christi willen ... insbesondere zur Atomrüstung ein befreiendes Wort zu sprechen“.⁹¹

Aber dazu hatte die Synode keine Kraft. So wurde am Ende der Synode ohne Gegenstimmen bei nur vier Enthaltungen eine Entschließung angenommen, die unter der Bezeichnung „Ohnmachtsformel“ in die Geschichte eingegangen ist. Ihr Schluß lautet: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungswaffen aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann.“⁹²

⁸⁸ Ebd., S. 280.

⁸⁹ Ebd., S. 281.

⁹⁰ Ebd., S. 278.

⁹¹ Ebd., S. 282.

⁹² Ebd., S. 283.

Die Frankfurter Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958

Im Kreise der Bruderschaften führte das negative Echo der Synode auf ihre „Anfrage“ zu der Vermutung, daß in diesem Dokument doch „wohl zu apodiktisch und fordernd und zu wenig vom Evangelium her“ geredet worden war.⁹³ So war durch die Behauptung, daß durch die Billigung einer atomaren Aufrüstung der status confessionis gegeben sei, irrtümlich der Eindruck erweckt worden, als solle mit dieser Drohung einer Kirchenspaltung ein Bekenntnis erzwungen werden. Deshalb schien es dem Ausschuß der Kirchlichen Bruderschaften geboten, seine Erkenntnisse und Entscheidungen neu zu formulieren, sie dabei besser zu begründen und ihre Wurzeln deutlich in der Christusbotschaft aufzuweisen.⁹⁴

Vom 2. bis 4. Oktober hatte der Ausschuß der Kirchlichen Bruderschaften zu einer Tagung nach Frankfurt /M. ins Dominikanerkloster, eine evangelische Tagungsstätte, eingeladen. Etwa hundertachtzig Teilnehmer, darunter einunddreißig aus der DDR, waren der Einladung gefolgt. Während dieser Tagung gehörte Walter Feurich dem theologischen Ausschuß an, der jenes Wort vorbereitete, das am Ende der Tagung als „Frankfurter Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften“ angenommen wurde und auf die Frage antwortete, was es heißt, Jesus Christus zu bekennen in der atomaren Bedrohung der Welt.⁹⁵

In These I dieses Wortes heißt es in Ableitung von dem theologischen Bekenntnis zur Königsherrschaft Jesu Christi: „Es gibt keine Werte und Ordnungen, Prinzipien und Inhalte für das menschliche Leben, durch die das eine Wort Gottes, Jesus Christus, gedeutet, begrenzt oder suspendiert werden kann; ihre Anerkennung und Anwendung bedürfen oder unterliegen vielmehr stets der Begrenzung und Korrektur durch ihn“.⁹⁶

„Die Unterschiedlichkeit der irdisch-weltlichen Ordnung und des Gottesreiches wird nicht verkannt, aber es wird bestritten, daß es höchste Werte oder letztgültige Gesetze gebe, die nicht der Frage: was ist des Herrn Wille? unterliegen“.⁹⁷

These II gibt eine theologische Begründung dafür, daß für den Christen das politische Handeln nicht dem Glauben entzogen ist. In These III heißt es dann:

„Der christliche Glaube erkennt den Staat an als ein von Gott gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen. ... Die Mitverantwortung des Christen für

⁹³ Ebd., S. 290.

⁹⁴ Ebd., S. 291.

⁹⁵ Vgl. den Wortlaut der Frankfurter Erklärung in der Broschüre "Kirchliche Bruderschaft Sachsens – unterwegs", Dresden 1983, S. 10 f. (Im Besitz der Verfasserin).

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 291.

den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen und sie vor Mißbrauch der Macht zu bewahren. ... In der Wahrnehmung solcher Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des seiner Schöpfung treuen und den Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. ... Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannten Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des Dreieinigen Gottes außer Geltung. ... Diese unter dem Wort Gottes gewonnene Erkenntnis bindet uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und verpflichtet uns zu entsprechendem Handeln.“⁹⁸

Nach Karl Herbert war man damals kirchlicherseits nicht gewillt, auf diese Frankfurter Erklärung näher einzugehen. Man verzichtete auf eine theologische Erwiderung vor allem auf These I und II und schwieg die ganze Erklärung tot. Herbert ist der Auffassung, daß diese Erklärung trotz der großen Hoffnung, die in sie gesetzt wurde, der Vergessenheit anheimfiel.⁹⁹ Das trifft aber für die Kirchlichen Bruderschaften selbst nicht zu. So gehörte sie neben der Barmer Theologischen Erklärung, der Stuttgarter Schulderklärung und dem Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes zu den vier Grundsatzserklärungen der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens, die Walter Feurich zusammen mit Freunden im Juni 1961 in Dresden neu gründete.

Niemöllers Kasseler Rede

Bereits am 10. März 1958 hatte sich parteiübergreifend der zentrale Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ gebildet, in dem auch zahlreiche Christen mitarbeiteten. „Während sich jedoch die Spitzen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schon im Herbst des gleichen Jahres vorsichtig aus dieser außerparlamentarischen Aktion herauslösten und ihr die Substanz entzogen, kämpfte Martin Niemöller seinen Kampf gegen die Atomwaffen unbeirrt weiter.“¹⁰⁰

Einen Höhepunkt bildete seine heiß umstrittene „Kasseler Rede“, die er am 25. Januar 1959 vor der Organisation „Christen gegen Atomgefahren“ hielt. Da sein Vorredner, der katholische Publizist Professor Hagemann, in seinem Beitrag bereits das ausgeführt hatte, was auch Niemöller hatte sagen wollen,

⁹⁸ Vgl. FN 95.

⁹⁹ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 293.

¹⁰⁰ Vgl.: Hans-Joachim Oeffler u.a. (Hrsg.), Martin Niemöller – Ein Lesebuch, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, S. 201.

entschloß sich dieser, zu dem Thema „Denn sie wissen, was sie tun“ völlig frei zu sprechen. Indem er sich auf seinen Vorredner berief, sagte er u.a.:

„Hier war die Rede von den gerechten Mitteln, die im Krieg angewendet werden müssen. Nun, wir haben dieser Theorie längst den Abschied gegeben, seitdem der General Ludendorff uns im Ersten Weltkrieg den totalen Krieg vordemonstriert und aufgezwungen hat; und da sind eben die Mittel total, das heißt, jedes Mittel ist recht, catch as catch can. Jedes Mittel, womit man seinen Gegner klein kriegen kann, kann angewendet werden. Und damit ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im Zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden.“¹⁰¹

Diese Rede Niemöllers erregte damals ungeheures Aufsehen. In der Presse hieß jener Satz, falsch wiedergegeben: „Die Ausbildung zum Soldaten und zu Führungspositionen in militärischen Kommandos muß man als die Hohe Schule für Berufsverbrecher bezeichnen“.¹⁰² Militärbischof Kunst und Bischof Dibelius distanzierten sich offiziell von Niemöller. Die Kirchlichen Bruderschaften traten für ihn ein. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß stellte Strafantrag gegen Niemöller wegen Beleidigung der Bundeswehr. Als aber ein Tonbandmitschnitt der Rede auftauchte, konnte Niemöller in einer öffentlichen Erklärung den wirklichen Sachverhalt klarstellen. Da ihm nicht die Absicht einer Beleidigung der Bundeswehr nachgewiesen werden konnte, wurde das Strafverfahren eingestellt. Auch die Kasseler Rede wurde als Flugschrift veröffentlicht.¹⁰³

Die Heidelberger Erklärung

Kirchenoffiziell erblickte man den Abschluß der Atomdebatte der fünfziger Jahre in der „Heidelberger Erklärung“ vom 28. April 1959, die in dem Sammelband „Atomzeitalter, Krieg und Frieden“ der Evangelischen Studiengemeinschaft vorgelegt wurde.¹⁰⁴

Die Evangelische Studiengemeinschaft in Heidelberg hatte eine Kommission gebildet, bei deren Zusammensetzung sie die Mannigfaltigkeit der zum Studium der Atomfrage erforderlichen physikalischen, militärischen, historischen, politischen, juristischen und theologischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen

¹⁰¹ Ebd., S. 202.

¹⁰² Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 301.

¹⁰³ Vgl. den Wortlaut der Kasseler Rede in der Broschüre: Was Niemöller sagt, wogegen Strauß klagt – Niemöllers Kasseler Rede vom 25. Januar 1959, Stimme-Verlag Darmstadt 1959; Bd. KTA im Walter-Feurich-Archiv.

¹⁰⁴ Nach Herbert, Aufbruch, S. 376 handelt es sich um die 17. Veröffentlichung der evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg.

versuchte.¹⁰⁵ Diese Kommission versuchte in zehn Thesen die Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Aufrüstung als „komplementäres Handeln“ zu verstehen.

In der Naturwissenschaft bezeichnet der Begriff der Komplementarität zwei gedanklich nicht zu vereinbarende und doch gleichzeitig existierende Tatbestände. Dadurch, daß der Begriff der Komplementarität in den zehn Thesen der Heidelberger Studiengemeinschaft auf ethisches Handeln angewendet wurde, hat man zugunsten eines angeblich naturgegebenen Nebeneinanders von entgegengesetzten Ansichten den Ernst der Gewissensentscheidung entkräftet und aufgehoben.

So konnte in den Heidelberger Thesen erreicht werden, die Entscheidung von Christen für oder gegen eine atomare Aufrüstung gleichermaßen zu rechtfertigen.¹⁰⁶

Die Ereignisse, die in dieser Darstellung beschrieben wurden, liegen mehr als vierzig Jahre zurück. Aber bis heute kann man beobachten, daß evangelische Christen ihre politischen Entscheidungen letztlich nach ihrer theologischen Grundausrichtung fällen, je nach dem, ob sie der Zwei-Reiche-Lehre verpflichtet sind oder ob für sie, wie einst für die „Dahlemiten“, die Botschaft Jesu Christi für alle Lebensbereiche verbindlich ist.

Friedensarbeit in der DDR und nach deren Ende

In der Bundesrepublik Deutschland bildete seit Beginn der sechziger Jahre die Ostermarschbewegung einen Schwerpunkt im Friedenseinsatz von Christen und Nichtchristen. Nach dem "Krehfelder Appell" gingen in den achtziger Jahren in der BRD Hunderttausende gegen einen atomaren Vernichtungskrieg auf die Straße.

In Prag hatte im Herbst 1958 die Christliche Friedenskonferenz (CFK) mit ihrer Arbeit begonnen. Diese hatte sich "nach der Vorstellung ihrer Initiatoren Josef L. Hromádka und Hans Joachim Iwand, den dann offiziell dazu kommenden Kirchen aus Ost- und Mitteleuropa sowie den Mitgliedern aus westlichen Friedensbewegungen und Friedenskirchen das Ziel gesetzt, in der Zeit des Kalten Krieges den Eisernen Vorhang durchlässiger zu machen, die drohende Kriegsgefahr und die atomare Aufrüstung in Ost und West zu mindern sowie gegen die tödliche Ungerechtigkeit zu arbeiten, die die Beziehung zwischen Nord und Süd bestimmte".¹⁰⁷ Iwand selbst starb bereits 1960, sodaß er die Arbeit der CFK nicht mehr mitgestalten konnte.

¹⁰⁵ Vgl. Herbert, Aufbruch, S. 294.

¹⁰⁶ Ebd., S. 295.

¹⁰⁷ Vgl. Martin Stöhr, Gedenken an einen Ökumeniker, in: Junge Kirche, Juni 2000, 61. Jg., Heft 6, S. 339.

Im Ringen um den Frieden hatte mein Mann in Dresden in Dr. Dieter Frielinghaus, dem Pfarrer der Reformierten Gemeinde, einen zuverlässigen Mitstreiter gewonnen. Durch dessen Vermittlung war Feurich als Vorsitzender der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft Sachsens (KTA) vom 13. bis 18. Juni 1961 zur Ersten Allchristlichen Friedensversammlung nach Prag eingeladen worden, die mehr als 600 Christen, Vertreter und Glieder verschiedener Kirchen aus aller Welt, vereinte. Unter ihnen hatte mein Mann auch zahlreiche Mitglieder aus den Bruderschaften Westdeutschlands getroffen.

Als Feurich am 18. Juni 1961 aus Prag zurückkehrte, fand er zu Hause den Brief eines bedeutenden Theologen der KTA vor. Darin machte dieser meinem Mann den Vorwurf, als Vorsitzender der KTA nach Prag gefahren zu sein, ohne daß ihn die KTA-Mitglieder vorher dazu autorisiert hätten. Damals erklärte Feurich telegraphisch seinen Austritt aus der KTA und gründete anschließend in unserer Wohnung zusammen mit Pfarrer Dr. Frielinghaus und Prof. Dipl.-Ing. Heckmann, Leipzig, (Schwager von Hans Joachim Iwand), die Kirchliche Bruderschaft Sachsens (KBS). Wie sie bald danach u.a. in ihrem Grundsatzpapier erklärte, unterstützte sie die Arbeit der CFK als eine Sache der christlichen Gemeinde.

Als Delegierter der ersten drei Allchristlichen Friedensversammlungen arbeitete Walter Feurich in regionalen und überregionalen Ausschüssen der CFK mit, bis die rapide Verschlechterung seines Gesundheitszustandes Ende der sechziger Jahre seine aktive Mitarbeit bei der CFK unmöglich machte.

Nachdem Mitte August 1961 die Mauer in Berlin errichtet worden war, begannen mein Mann und ich einzusehen, daß wir uns um der Erhaltung des Friedens willen mit der Existenz der beiden deutschen Staaten abfinden mußten. Das wurde durch die Tatsache erleichtert, daß wir seit Ende der fünfziger Jahre in Dresden Menschen begegnet waren, die mit dem gleichen Ernst versuchten, ehrliche Marxisten zu sein, wie wir versuchten, unserem Herrn Jesus Christus nachzufolgen – auf beiden Seiten wahrlich kein leichtes Unterfangen. Für einige dieser aufrechten Marxisten nenne ich hier Walter Breitmann, der seit 1952 im Bezirk Dresden das Referat für Kirchenfragen leitete.

1964 hatte es im Schlußdokument der Zweiten Allchristlichen Friedensversammlung der CFK geheißen: "Friedliche Koexistenz ist das Ende des Kalten Krieges. Wir beschreiten entschlossen den Weg dieser Koexistenz; darüber hinaus wissen wir uns zur Proexistenz allen Menschen gegenüber gerufen."¹⁰⁸

Dem fügte Feurich bald danach in einem Vortrag noch die Stichworte "Hingabe" und "Solidarität" hinzu. "Solidarisch sein heißt ja: Ich trete für Dich ein. ... Solidarität verlangt Opfer und befähigt zur gemeinsamen Überwindung bestehender Schwierigkeiten. ... Es geht uns heute nicht mehr entscheidend um das Gegen-

¹⁰⁸ Vgl.: Mein Bund ist Leben und Frieden – Dokumente und Nachrichten der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag, 28. Juni bis 3. Juli 1964, Potsdam 1965, S. 150.

über zum Staat bzw. zur Obrigkeit. Wir sind Glieder der Gesellschaft und tragen in ihr Mitverantwortung. Mitverantwortung heißt aber zugleich Mitarbeit, aber dies keinesfalls aus Opportunismus, Taktik oder grundsatzlosem Konformismus".¹⁰⁹

Diese Haltung führte Feurich zur Mitarbeit in den Christlichen Kreisen der Nationalen Front und im Deutschen Friedensrat, auch zu Vortragsreisen in die BRD, bei denen er sich stets für die diplomatische Anerkennung der DDR einsetzte.

Schon in den fünfziger Jahren hatte mein Mann bei seinen Dienstreisen in den Westen und ich bei meinen Reisen zu meiner Mutter in meine Heimatstadt Bonn festgestellt, daß die meisten Westdeutschen, denen wir begegneten, über die DDR – sie sprachen immer noch von der "Ostzone" – nur das zur Kenntnis genommen hatten, was ihnen die Hetzpropaganda des Kalten Krieges vermittelt hatte. Vom wirklichen Leben der Menschen im östlichen Staat, von seiner Landschaft, Geschichte und Kultur hatten die meisten von ihnen kaum eine Ahnung.

Um dieser Unkenntnis entgegenzuwirken, lud mein Mann Freunde und Bekannte aus dem Westen, meist aus kirchlichen Kreisen, zu uns nach Dresden ein. In den sechziger Jahren kam er damit immer häufiger den Wünschen von Einzelpersonen und größeren Gruppen entgegen. Einige von ihnen kamen als Gäste der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens (KBS) zu uns nach Dresden.

Sie sollten die Schönheiten unserer Stadt und ihrer Umgebung genießen können. Auf ihren Wunsch hin vermittelte mein Mann für sie Gespräche mit Gemeindegliedern und Persönlichkeiten unserer Stadt aus den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Technik oder auch mit unseren marxistischen Freunden. Stets waren wir darauf bedacht, daß unsere Gäste auch ohne unsere Begleitung unterwegs waren, damit sie Gelegenheit hatten, sich unbeeinflusst durch uns von Land und Leuten ein eigenes Bild zu machen. Manche von ihnen übernachteten in unserer Wohnung im Gemeindehaus in der Einsteinstraße. Zeitweise gaben sie sich dort buchstäblich die Klinke in die Hand.

Es ist hier nicht möglich, alle Einzelgäste oder Gruppen zu benennen. Sie kamen aus der BRD und Westberlin, aus Großbritannien, den Niederlanden und Belgien, aus Österreich und der Schweiz, aus den USA, aus Afrika und aus Indonesien, aus Ungarn und Polen, aus der CSSR und der UdSSR. Doch auf zwei Reisegruppen möchte ich besonders hinweisen.

¹⁰⁹ Vgl. Walter Feurich: Evangelische Selbstprüfung heute. (30 Jahre nach Barmen), in: evangelische zeitstimmen, Nr. 21, Herbert-Reich – Evangelischer Verlag – Hamburg 1965, S. 41 f.

Am Jahreswechsel 1953/64 und 1966 kamen der Bonner Theologe und spätere Friedenskämpfer Prof. Dr. Walter Kreck und seine Frau mit einer größeren Gruppe evangelischer Theologiestudenten jeweils in einem Bus für einige Tage nach Dresden.¹¹⁰ 1980 erinnerte sich Kreck in der Einleitung zu seinem Sammelband "Kirche in der Krise der bürgerlichen Welt" an diese beiden Besuche, "die uns zu vielen lehrreichen, kritischen und selbstkritischen Diskussionen Möglichkeit gaben. Wie leicht man bei der Beurteilung ganz anderer gesellschaftlicher Verhältnisse die eigene Vorstellungswelt einfach auf andere überträgt, wie nahe es liegt, nur die Phänomene zur Kenntnis zu nehmen, die den eigenen Vorstellungen entsprechen, konnte dabei deutlich werden".¹¹¹

Im Februar 1964 begab sich eine Gruppe des Britischen Versöhnungsbundes (Fellowship of Reconciliation) unter der Leitung ihres damaligen Generalsekretärs Max Parker anlässlich des 19. Jahrestages der Zerstörung unserer Stadt auf eine "Buß- und Pilgerfahrt" nach Dresden. Das geistliche Anliegen ihrer Reise hatten sie vorher in einer Erklärung zusammengefaßt, in der es hieß: "Dresden ist ein unübersehbares Mahnmal an einen langen Weg der Unmenschlichkeit. Rotterdam, Coventry und Hamburg sind frühe Stätten des barbarischen Krieges, Hiroshima und Nagasaki folgten. Dresden erlebte den Krieg in seiner barbarischsten Form."¹¹²

Den gemeinsamen Bußgottesdienst mit jener Gruppe am 13. Februar 1964 im Kirchenraum der Reformierten Gemeinde Dresdens, der uns alle sehr bewegte, werde ich nicht vergessen. Er wurde von Pfarrer Dr. Frielinghaus hervorragend gedolmetscht. Nach der Predigt des bekannten Kirchenhistorikers Gordon Rupp wies Walter Feurich in seiner Bitte um die Gäste um Vergebung nachdrücklich darauf hin, daß es ja wir Deutsche waren, die die Greuel des Zweiten Weltkrieges begonnen und primär verschuldet hatten.

Als mein Mann krankheitsbedingt mit 49 Jahren in den Invaliden-Ruhestand gehen mußte, zogen wir 1972 in ein Hochhaus in Dresden-Johannstadt. Da der KBS damals kein kircheneigener Raum zur Verfügung stand, traf sich ihr Leiterkreis zu seinen regelmäßigen Sitzungen im Wohnzimmer unserer Wohnung, das 22 Personen aufnehmen kann.

Auch in unserer neuen Wohnung beherbergten wir zahlreiche Gäste, einige von ihnen als Referenten von Jahrestagungen der KBS. Unter ihnen war im Dezember 1976 wieder Martin Niemöller mehrere Tage unser Gast. Wenige Wochen vor seinem 85. Geburtstag befand er sich in erstaunlich guter geistiger und körperlicher Verfassung. Damals wies er bei der Jahrestagung der KBS, in Gemeindevorträgen in der Dresdner Kreuzkirche und in Leipzig sowie in

¹¹⁰ Vgl. Feurich, Lebensbericht, a.a.O., S. 236 f.

¹¹¹ Vgl. Walter Kreck, Kirche in der Krise der bürgerlichen Welt, Chr. Kaiser Verlag, München 1980, S. 15.

¹¹² Vgl. Feurich, Lebensbericht, a.a.O. S. 237 ff.

verschiedenen Pfarrergesprächen immer wieder auf die Bedrohung des Weltfriedens, auf die Not der "Dritten Welt" und auf die Gefährdung unserer Natur durch menschlichen Raubbau hin – also schon etliche Jahre bevor die Probleme GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG von dem Weltrat der Kirchen in Genf und kirchlichen Kreisen in beiden deutschen Staaten als Forderung erhoben wurden.

In den siebziger Jahren machte Hans-Jochen Vogel, damals Studentenpfarrer in Karl-Marx-Stadt, den Leiterkreis der KBS mit den Problemen der Befreiungstheologie in Lateinamerika bekannt. Dort waren Priester, Ordensfrauen und Bischöfe in die Elendsviertel gezogen. Gemeinsam mit den Armen und Allerärmsten hatten sie begonnen, sich für deren Überleben, deren Rechte und Freiheit einzusetzen. Dabei beriefen sie sich auf die Botschaft und den Auftrag der Bibel. Viele von ihnen, Ordensfrauen und Priester, Bischöfe und Laien, haben inzwischen diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müssen. Damals wurde uns deutlich, daß jene Befreiungstheologen und ihre Gemeinden im Gegensatz zu vielen Christen und Kirchen auf der Welt wirklich in der Nachfolge Jesu Christi lebten.

Nach meines Mannes Tod am 4. Februar 1981 übernahm zunächst der Leipziger Neutestamentler Dozent Dr. theol. habil. Karl-Martin Fischer den Vorsitz der KBS. Unter seiner Federführung heißt es in der "Dresdner Erklärung der KBS vom 11. Mai 1981 anlässlich ihres 20jährigen Bestehens":

"Wir bekunden unsere tiefe Sorge über die jetzige Phase des Wettrüstens, die vor allem durch die Nichtratifizierung des SALT-II-Vertrages und den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 über die Produktion und Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa bestimmt ist.

Wir sind davon überzeugt, daß die Rüstungsindustrie in den kapitalistischen Staaten ihren hohen wissenschaftlichen Standard ausnutzen will, um ihre Profite weiter zu steigern, die Probleme in ihren eigenen Ländern (Arbeitslosigkeit, Kriminalität usw.) zu verschleiern und die sozialistischen Länder zu schädigen.

Wir sehen als Folgen der neuen Aufrüstungswelle:

- Die Gefahr eines die ganze Menschheit vernichtenden Krieges wächst ins Unkontrollierbare.
- Den sozialistischen Ländern wird eine entsprechende Aufrüstung aufgezwungen, die zu kaum tragbaren Lasten für ihre Volkswirtschaft führt.
- Es werden die Mittel vergeudet, die ganz dringend zur Lösung der wichtigsten Menschheitsprobleme unseres Jahrhunderts benötigt werden: für den Kampf gegen Hunger; zur Beseitigung der krassen Ungleichheit zwischen reichen und armen Ländern; zur Erschließung neuer Energiequellen usw.

Wir begrüßen alle Vorschläge, die zur Abrüstung und Entspannung beitragen. Es muß jede Gelegenheit wahrgenommen werden, um Gespräche zu führen und zu Abkommen zu gelangen ..."¹¹³

Nach dem plötzlichen Tod von Dozent Karl-Martin Fischer noch im Jahr 1981 übernahm Dr. Christoph Körner, Pfarrer in Mittweida, den Vorsitz der KBS, die über ihre Jahrestagungen, ihre theologischen und kirchenpolitischen Anliegen in zahlreichen Broschüren Rechenschaft gab.

Am 11. Januar 1990 gründete ich zusammen mit sieben weiteren Friedensfreunden, Christen und Marxisten in meiner Wohnung die "Basisgruppe Friedensinitiative Dresden", die bald danach als "Sächsische Friedensinitiative Dresden" an die Arbeit ging und Oberstudienrat Fritz Rick (CDU) zu ihrem Ersten Sprecher wählte. Später wurde sie als Verein registriert.

1990 und 1991 beobachteten wir Friedensfreunde mit Sorge die innenpolitische Entwicklung in Jugoslawien. Sie war durch das Aufflammen von Nationalismus und Sezessionsbestrebungen charakterisiert und hatte zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt. Am 25. Juni 1991 hatten Kroatien und Slowenien einseitig ihre Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt; die kriegerischen Auseinandersetzungen waren weitergegangen.

Am 27. November 1991 versprach Kanzler Kohl, jugoslawische Bundesstaaten, die dies wünschten, bis Weihnachten 1991 diplomatisch anzuerkennen. Über diese beabsichtigte Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens, die Hans-Dietrich Genscher schon im August 1991 in einer Erklärung in Erwägung gezogen hatte und die auf die Herauslösung von Kroatien und Slowenien aus dem Staat Jugoslawien gerichtet war, waren wir Friedensfreunde entsetzt.

Der Bundesparteitag der CDU Mitte Dezember 1991 im Kulturpalast Dresden bot uns Gelegenheit, unsere schweren Bedenken dem Bundeskanzler in einem Brief mitzuteilen. Es gelang mir, im Kulturpalast bis ins Vorzimmer des Kanzlers vorzudringen. Dort übergab ich den Brief seiner engsten Mitarbeiterin – Kohl selber hatte damals für kurze Zeit den Tagungsort verlassen – mit der dringenden Bitte, ihm denselben nach seiner Rückkehr sofort zu übergeben, damit er seinen Inhalt zur Kenntnis nehmen könne, noch ehe wir ihn eine Stunde später in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bekannt geben würden. Der Wortlaut des Briefes ist auf Seite 45 dokumentiert.

¹¹³ Vgl. Dresdner Erklärung der KBS vom 11. Mai 1981, in: Walter-Feurich-Archiv, Bd. Veröffentlichungen der KBS.

Leider wurde unsere Bitte damals nicht erhört. Deutschland tat den verhängnisvollen Schritt, den das Urteil der Geschichte bewerten wird. Am 23. Dezember 1991 verschickte Bonn die Anerkennungsschreiben an Kroatien und Slowenien. Die Vorreiterrolle Deutschlands führte schließlich dazu, daß die Europäische Gemeinschaft am 15. Januar 1992 Kroatien und Slowenien diplomatisch anerkannten.¹¹⁴

Seit Herbst 2000 leitet Pfarrer Dr. Christoph Körner, Mittweida, zusammen mit Pfarrer Hans-Jochen Vogel, Chemnitz, die "Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsens" (AGOK), die sich in ihrer Arbeit u.a. dem Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet weiß. Zusammen mit Nichtchristen will sie nach Wegen suchen, wie die biblische Botschaft in einer harten Konkurrenzgesellschaft Gestalt gewinnen kann.

Autorin:

Anneliese Feurich
Hans-Grundig-Str. 20 / 504
01307 Dresden

¹¹⁴ Vgl. zu den Ereignissen in Jugoslawien u.a.: Die Waffen nieder! Zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Beiträge von Erich Hocke, Karl-Heinz Gräfe, Ernst Voit, Bernhard Graefrath und Gerhard Stuby, in: DSS-Arbeitspapiere Heft 47 - 1999, Dresden 1999.

An den Herrn Bundeskanzler
 der Bundesrepublik Deutschland,
 Herrn Dr. Helmut Kohl
 im Kulturpalast Dresden

Dresden, 15.12.1991
 Hans-Grundig-Straße 20/404

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

in tiefer Sorge über die kriegerische Auseinandersetzung
 in Jugoslawien wenden wir uns mit der Bitte an Sie, alles
 zu vermeiden, was den Konflikt zwischen den Parteien ver-
 schärfen könnte.

Eine Anerkennung einzelner Staaten Jugoslawiens würde die
 Vermittlungsbemühungen der UNO und der EG erschweren.

Wir bitten Sie deshalb, sehr verehrter Herr Bundeskanzler,
 die Warnungen des Sicherheitsrates der UNO, der USA und
 anderer Staaten ernst zu nehmen, denn von Deutschland aus
 darf keine Aktion ausgehen, die die weltweiten Friedens-
 bemühungen in dieser Region erschwert.

Für die Gesellschaft für Menschen-
 Rechte im Freistaat Sachsen¹¹⁵ : gez. Dieter Scheuch

Für die kirchliche Bruderschaft
 Sachsens : gez. Anneliese Feurich

Für die Sächsische Friedens-
 Initiative Dresden : gez. Fritz Rick

¹¹⁵ Die "Gesellschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen" wurde später umbenannt in
 "Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS) e.V."

Pazifismus in den geistigen Kämpfen unserer Zeit

Definitionen

Es ist schlechterdings unmöglich, von *dem* Pazifismus zu sprechen. Zu vielfältig sind die mit diesem Begriff verbundenen und über ihn verbreiteten Auffassungen. Ich möchte das zunächst an einigen charakteristischen Definitionen in Wörterbüchern der DDR deutlich machen. Wörterbücher geben normalerweise die Resultate längerer wissenschaftlicher Diskussionen wieder und beeinflussen nachhaltig das Verständnis der in ihnen definierten Begriffe. Das seinerzeit in beiden deutschen Staaten eingeführte „Theologische Fach- und Fremdwörterbuch“ definierte 1980 Pazifismus als „*Streben nach Frieden* um jeden Preis (ohne Rücksicht auf die jeweil. sozialen u. polit. Bedingungen) durch grundsätzl. Ablehnung militär. Mittel.“¹ In dem von BUHR und KLAUS herausgegebenen und mehr als 500 000 Exemplaren erschienenen „Philosophischen Wörterbuch“ definierte GÜNTER HEYDEN 1976 Pazifismus als „liberale bürgerliche Strömung der Friedensbewegung, die den Krieg von seinen sozialökonomischen Wurzeln löst und den Standpunkt der Klassenneutralität und die Losung ‚Frieden um jeden Preis‘ ausgibt. Das Problem Krieg oder Frieden betrachtet der Pazifismus nicht von seinem Wesen, sondern von der Erscheinung her; er lehnt sowohl lokale und Weltkriege als auch nationale Befreiungskriege und revolutionäre Volksaufstände ab.“² Durchaus ähnlich die Definition, die HANS-PETER WETZSTEIN in seinem für Kinder bestimmten Fremdwörterbuch gibt. Er definiert Pazifismus als „Ausdruck einer fortschrittlichen bürgerlichen Weltanschauung, die den Frieden um jeden Preis erhalten will. Sie läßt jedoch außer acht, daß gerechte Kriege (z.B. Verteidigungs- und Befreiungskriege) dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen.“³

Für nach wie vor sehr zum kritischen Nachdenken anregend halte ich, was in einem Studienmaterial des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von 1982 zum Pazifismus formuliert worden ist: „Der Begriff Pazifismus ‚schillert‘. Seine undifferenzierte und fast beliebige Verwendung beruht auf seiner mangelhaften definitorischen Klarheit und unterschiedlichen Auslegungsfähigkeit. Dies läßt ihn als exakte Beschreibung friedens-ethischer und -politischer Motive und Tendenzen eher als ungeeignet erscheinen. Die Vielgestaltigkeit des Pazifismus in der neueren Geschichte erschwert eine sachliche Auseinandersetzung mit pazifistischen Tendenzen in der gegenwärtigen

¹ Theologisches Fach- und Fremdwörterbuch. 2. Aufl., Berlin 1980, S.131.

² G. Klaus/M. Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Bd. 2, 12. Aufl., Leipzig 1976, S.919.

³ Fremdwörter. Für Kinder ausgewählt und erklärt v. H.-P.Wetzstein. 3.Aufl., Berlin 1985, S.108.

Friedensdiskussion. Es zeigt sich, daß es *den* Pazifismus nicht gibt, daß vielmehr verschiedene ‚Adjektiv-Pazifismen‘ nebeneinander bestehen, die sich einer generalisierenden Beurteilung entziehen. Damit wird auch der Vorwurf ‚des‘ Pazifismus ad absurdum geführt, zumindest insoweit, als nicht genau gesagt wird, was man damit meint.“⁴

Philosophisch-weltanschauliche Grundlagen

Ich möchte nun versuchen, jene wichtigsten philosophisch-weltanschaulichen Positionen deutlich zu machen, die pazifistisches Denken und Handeln von jeglichem nicht-pazifistischen, insbesondere bellizistischen Denken und Handeln unterscheiden. Ganz allgemein ist das zunächst die Überzeugung, daß – trotz aller bisherigen kriegerischen Menschheitsgeschichte – *Frieden etwas real Mögliches* ist.⁵ Diese Möglichkeit wird aus einem Menschenbild abgeleitet, das den Menschen prinzipiell für *friedensfähig* hält, weil Kriege nicht als Folge eines Naturgesetzes und das Führen von Kriegen nicht als dem Menschen wesenseigen gesehen werden. In unterschiedlicher Bedeutsamkeit betonen die einzelnen Varianten pazifistischen Denkens und Handelns dabei vor allem folgende Fähigkeiten des Menschen als Voraussetzung seiner Friedensfähigkeit:

- Die *Fähigkeit des Menschen zu vernünftigem Handeln*. Historisch hat sich diese Fähigkeit im Ansatz bereits sehr zeitig bei der Entwicklung der Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ in Gestalt der Güterabwägung herausgebildet. Heute zwingt die Existenz von Massenvernichtungsmitteln, die alles Leben auf der Erde auslöschen können, die menschliche Vernunft dazu, künftig Kriege als Mittel politischer Konfliktlösung nicht mehr zuzulassen. Für den Erfolg des Kampfes zur Ausschaltung des Krieges aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft ist die *Einheit von Vernunft und Gefühl*, die Einheit des Rationalen und des Emotionalen, von entscheidender Bedeutung. Daraus wiederum ergibt sich, wie Wissenschaft, Religion, Kunst und Literatur das inzwischen für die Zukunft der Menschheit lebenswichtig gewordene pazifistische Denken, Fühlen und Handeln der Menschen fördern oder verhindern können.
- Die *Fähigkeit des Menschen zur rechtlichen Regelung seines sozialen Zusammenlebens*. Damit ist vor allem die Erfahrung gemeint, daß die Menschen im Verlaufe ihrer geschichtlichen Entwicklung zunehmend das ‚Recht des Stärkeren‘ durch die Stärke rechtlicher Regelungen ersetzt haben. Sowohl innerhalb der Staaten wie auch in den zwischenstaatlichen

⁴ „Pazifismus“ in der aktuellen Friedensdiskussion. Material des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin 1982, S. 2f.

⁵ Auf die Bedeutung der philosophischen Kategorie des „Real-Möglichen“ bei LEIBNITZ, HEGEL, BLOCH und Holz für die Friedensfrage heute hat VOLKER BIALAS wiederholt hingewiesen. (Vgl.: V.Bialas: Die zwei Gesichter einer neuen Erde. Münster 1997, S.70 ff; V. Bialas: Frieden. Bielefeld 1998, S.35 ff.)

Beziehungen trat damit allmählich – zumindest als welthistorische Entwicklungstendenz - die politisch vereinbarte Ersetzung des Faustrechts durch den rechtlichen Schiedsspruch.

- Die *Fähigkeit des Menschen zu humanistischem Denken, Fühlen und Handeln*. Damit ist vor allem an die Fähigkeit jedes Menschen gedacht, sich als Teil der Menschheit zu verstehen und damit in anderen Menschen prinzipiell die Mitmenschen sehen zu können und nicht ‚Un‘- oder ‚Unter‘-Menschen. Diese Fähigkeit ist von entscheidender Bedeutung zur Immunisierung gegen kriegsideologische Feindbilder, die tendenziell darauf abzielen, dem letztlich als Nicht-Mitmenschen gezeichneten Feind gegenüber jede Gewalt und jedes Verbrechen zu rechtfertigen.
- Die *Fähigkeit des Menschen, Fortschritte gegenüber der bisherigen Entwicklung der Menschheit für notwendig und möglich zu halten*. Das betrifft angesichts des spätestens seit der Industrialisierung unübersehbar immer stürmischer voranschreitenden wissenschaftlich-technischen Fortschritts insbesondere die humanistische Beantwortung der Frage, welche soziale Verfassung es der Menschheit ermöglichen kann, die produktiven Potenzen dieses Fortschritts zu nutzen und zugleich die kriegerische Nutzung seiner destruktiven Potenzen zu verhindern.

Die philosophischen und politisch-theoretischen Wurzeln dessen, was wir heute Pazifismus nennen, liegen in der *Aufklärung* und der *bürgerlichen Revolution*. Es ist deshalb kein Zufall, daß der bürgerliche *Rechtsstaat* ebenso wie das moderne *Völkerrecht* in ihm einen herausragenden Platz einnehmen. Zugleich ist die mit der industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundene *Entwicklung der Waffentechnik* bis hin zu den Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln für die Herausbildung und programmatische Profilierung des Pazifismus als Friedensbewegung von entscheidender Bedeutung gewesen.

Zum Friedens-Konzept des Klassischen Pazifismus

Der Pazifismus begann sich als bürgerliche Friedensbewegung im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts vor allem in der Auseinandersetzung mit der Gefahr eines Weltkrieges zu organisieren, die aus dem immer hemmungsloseren Wettrüsten zwischen den europäischen Großmächten erwuchs.

Die sensibelsten und tiefsten Denker des ausgehenden 19. Jahrhunderts erkannten, daß sich die Gefahr einer völlig neuartigen, unerhört zerstörerischen, die ganze Welt erfassenden Kriegführung entwickelte. 1886 schrieb FRIEDRICH NIETZSCHE ahnungsvoll: „Die Zeit für kleine Politik ist vorbei; schon das nächste Jahrhundert bringt den Kampf um die Erd-Herrschaft...“⁶ Sein Zeitgenosse FRIEDRICH ENGELS folgerte 1887 aus dieser Entwicklung:

⁶ F. Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse. In: Kritische Studienausgabe, hrsg. v. G. Colli u. M. Montinari, Bd. 5, München 1988, S.140.

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet...“⁷ 1891 warnte ENGELS noch einmal, wenn die Anstrengungen zur Verhinderung eines solchen Krieges fehlschlagen, werden „fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten...“⁸ Im wesentlichen ganz genauso sah diese Gefahr auch eine Persönlichkeit, die überragenden Anteil an der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft hatte: BERTHA VON SUTTNER. 1891 schrieb sie: „Die Dinge stehen so: Millionenheere – in zwei Lager geteilt, waffenklirrend – harren nur eines Winkes, um aufeinander loszustürzen...“⁹ Treffend bezeichnete sie diese mit Kriegsgefahr aufgeladenen zwischenstaatlichen Beziehungen als ein „*bewaffnetes Angstsystem*“, das den Namen Frieden nicht verdient und anachronistisch ist in einer Zeit, da verantwortungsbewußte Politiker „von der Abschaffung des Krieges, von der gänzlichen Aufhebung des Gewaltprinzips“ ausgehen müßten. Denn – so BERTHA VON SUTTNER weiter – „die gebietsverschiedene, machtverleihende, nur einen Bruchteil der Bevölkerung in Anspruch nehmende ‚frische und fröhliche‘ Kriegführung, die ist inzwischen im Entwicklungsgange der Kultur zur moralischen und physischen Unmöglichkeit geworden. Moralisch unmöglich, weil die Menschen von ihrer Wildheit und Lebensverachtung verloren haben; physisch unmöglich, weil die während der letzten 20 Jahre angewachsene Zerstörungstechnik den nächsten Feldzug zu einem Etwas gestalten würde, das ganz etwas Neues, anderes, nicht mehr mit dem Namen Krieg zu Bezeichnendes wäre.“¹⁰

Die Gründerinnen und Gründer der Deutschen Friedensgesellschaft – humanistisch gesinnte Adlige, Bürger und Intellektuelle – standen ganz in der Tradition der Friedens-Ideen der Aufklärung, wie sie vor allem IMMANUEL KANT in seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ auf den Begriff gebracht hatte. Sie setzten auf Vernunft und Recht, darauf, daß die europäischen Nationen eine Stufe der Kultur-Entwicklung erreicht hatten, die es ihnen ermöglichen sollte, zwischen den Staaten das Faustrecht ebenso abzuschaffen, wie es innerhalb dieser Staaten durch den bürgerlichen Rechtsstaat überwunden war. Statt durch Kriege sollten die Staaten ihre außenpolitischen Konflikte künftig vor einem internationalen Schiedsgericht friedlich lösen und ihre Streitkräfte abrüsten. „Ebenbürtig an Kraft und Ansehen“, schrieb BERTHA VON SUTTNER, „stehen sich jetzt die verschiedenen Allianzen gegenüber. Was hindert sie daran, das,

⁷ F. Engels: Einleitung zu Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten“. In: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 350 f.

⁸ F. Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 256.

⁹ B. v. Suttner: Lebenserinnerungen. Hrsg. v. F. Böttger, 2. Aufl., Berlin 1969, S.232.

¹⁰ Ebenda, S. 232 f.

was sie als Ziel hinstellen – Frieden –, zur Grundlage ihres Bestehens zu machen? Was daran hindert? Das Gesetz der Trägheit einerseits und andererseits der geschürte Nationalhaß, die von der lärmendsten Partei in jedem Land – der Kriegspartei – stets unterhaltene Hetze.“¹¹

Den Einfluß dieser Kriegspartei auf die öffentliche Meinung soweit zurückzudrängen, daß Abrüstung und gesicherter Frieden möglich werden, darin sah die Deutsche Friedensgesellschaft ihre vornehmste Aufgabe. Mit ihrem Aufruf „An das deutsche Volk“ erklärte sich die am 9. November 1892 in Berlin tagende Gründungsversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft zum „Vereinigungspunkt“ für alle, „denen es wünschenswert erscheint, daß die aufeinander angewiesenen Staaten sich durch Verträge verpflichten, alle unter ihnen entstehenden Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu entscheiden.“ Weiter hieß es in diesem Aufruf: „Wir verfolgen dieses Ziel mit praktischen Mitteln, von allen diesen Mitteln ist das mächtigste die öffentliche Meinung: wenn die Zahl der Mitglieder der Friedensgesellschaften erst so groß geworden ist, daß der Ausdruck ihres Willens der Ausdruck des Volkswillens ist, dann wird keine Macht imstande sein, einen Krieg zu entfesseln, dann, und nur dann wird auch die Furcht vor dem Kriege und mit ihr die Ursache der zur unerträglichen Last gewordenen Rüstungen verschwinden, unter der Europa seufzt.“¹²

Der alten militaristischen Losung „Si vis pacem, para bellum!“ stellte die Friedensbewegung am Ausgang des vorigen Jahrhunderts die Losung entgegen „Si vis pacem, para pacem!“ Obwohl die Begriffe *Pazifismus* und *Pazifist* erst auf dem Zweiten Weltfriedenskongreß 1901 in Glasgow geprägt und danach erst zum Bekenntnisbegriff derer wurden, die sich bis dahin „Friedensfreunde“, „friends of peace“ und „amis de la paix“ genannt hatten, ist es inzwischen üblich geworden, die bürgerliche Friedensbewegung auch vor 1901 als pazifistische Bewegung zu bezeichnen. Der Theologe WALTER BREDENDIEK hat für das bürgerliche (nichtproletarische) Friedens-Engagement vor dem Ersten Weltkrieg die Bezeichnung „*Klassischer Pazifismus*“ eingeführt und m.E. völlig zurecht betont, daß damals unter „Pazifismus“ etwas wesentlich anderes verstanden wurde als das, „was heute im unreflektierten Sprachgebrauch ebenso wie in der politischen und wissenschaftlichen Literatur mit dem Wort verbunden wird.“¹³ Nicht deutlich genug kann hervorgehoben werden, daß das Friedens-Engagement des Klassischen Pazifismus von einem außerordentlich kämpferischen Humanismus getragen war, dem

¹¹ Ebenda, s. 233.

¹² Gründungsauf Ruf der Deutschen Friedensgesellschaft. 1892. In: W. Fritsch u.a.(Hrsg.): Sturm läutet das Gewissen. Berlin 1980, S. 195.

¹³ W. Bredendiek: Zur Bedeutung des „klassischen“ Pazifismus für die Anfänge christlicher Friedensarbeit in Deutschland. In: Standpunkt. Evangelische Monatsschrift. Berlin 12(1984)6. – Hier zitiert nach: Kirchliche Bruderschaft Sachsens: Christliche Friedensarbeit heute. Dresden 1984, S.2.

resignierende Verweigerung als Grundhaltung ebenso fremd war wie die Beschränkung auf eine individual-ethische Begründung. BREDENDIEK verweist in diesem Zusammenhang u.a. auf die Symbol-Diskussion der Deutschen Friedensgesellschaft 1906, wozu es in der Zeitschrift „Die Friedenswarte“ hieß: „Das richtige Symbol zu finden war nicht leicht. Wir mußten Abstand nehmen von dem Hergebrachten. Keine Ölzweige, keine Tauben, keine Engel, keine weißen Fahnen, keine zerbrochenen Schwerter, keine Pflugscharen! Alle diese Symbole versinnbildlichen diese Idee nicht, die wir vertreten. Was denn? Eine Reihe ineinandergreifender Zahnräder erschien uns als das richtige Symbol ... Möge die Friedensbewegung in allen Ländern diese Zahnräder zu ihrem Symbol wählen und mit der Sentimentalität der bisherigen Symbolik auch die Sentimentalität, die sich in einzelnen Köpfen noch immer aufrecht erhält beseitigen.“¹⁴ Eine eindeutig kämpferische antimilitaristische Position bezog LUDWIG QUIDDE, einer der führenden Köpfe der Deutschen Friedensgesellschaft, bereits in seiner 1892 erschienenen Schrift „Der Militarismus im Deutschen Reich“, indem er illusionslos feststellte: „Der Militarismus ist hart, und nur vor fremder Härte hat er Respekt, nur durch Härte kann man ihm etwas abgewinnen.“¹⁵

Rassismus, Chauvinismus und Fremdenhaß, diese Hauptelemente jeglicher Kriegsideologie, hat der Klassische Pazifismus stets prinzipiell abgelehnt und als eine der „Hauptwurzeln des Krieges“ definiert. „In Wahrheit aber bilden die verschiedenen Nationen nicht feindliche Gegensätze, sondern einander ergänzende und fördernde Glieder der Gesamt-Menschheit, ihre wirklichen und dauernden Interessen sind demnach solidarisch.“¹⁶ Das wird ein Friedenskämpfer auch heute kaum besser ausdrücken können. Mehr noch: angesichts der uns heute bedrohenden globalen Probleme und Gefahren ist genau diese Orientierung auf die *gemeinsamen Interessen der Menschheit* zum Schlüssel für die Zukunft aller Menschen geworden.

Eine weitere Grundorientierung und ein Hauptziel des Klassischen Pazifismus, das heute wichtiger ist als je zuvor, war der *Zusammenschluß aller Friedenskräfte* – unabhängig von ihren weltanschaulichen und sonstigen politischen Positionen. So forderte die Deutsche Friedensgesellschaft in ihrem Programm von 1897 ausdrücklich dazu auf, „ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, des Glaubens und der Partei der Deutschen Friedensgesellschaft persönlich beizutreten und ihr immer neue Freunde zu werben.“¹⁷ Eine kühne, offenkundig zu kühne Orientierung; wurden doch damit Menschen unterschiedlichster sonstiger Interessen zu einer *persönlichen Mitgliedschaft* in *einer Friedens-Organisation* aufgerufen. Diese organisatorische Qualität des Zusam-

¹⁴ Ebenda, S.11.

¹⁵ Nach ebenda, S. 14.

¹⁶ .Programm der Deutschen Friedensgesellschaft. 1897. In: Sturm läutet das Gewissen, a.a.O., S.216 f.

¹⁷ Ebenda, S. 218.

menschlusses aller Friedenskräfte wurde selbst unter dem Eindruck der Bedrohung der Menschheit durch ein nukleares Inferno auch nicht annäherungsweise erreicht, sondern immer nur in der wohl einzig möglichen Form des Zusammenwirkens in einer für alle offenen breiten Friedens-*Bewegung*.

Pazifismus und Marxismus

Daß die Deutsche Friedensbewegung ihr ursprüngliches Ziel – *alle* deutschen Friedenskräfte zu vereinigen – nicht erreichte, hing nicht zuletzt auch damit zusammen, daß sie die bestehende Gesellschaft nicht in Frage stellen wollte, da sie die Ursachen der Kriegsgefahr nicht im kapitalistischen Charakter dieser Gesellschaft sah. Demgegenüber ging z.B. die Sozialdemokratie – nach BERTHA VON SUTTNER jene „Partei, welche als einen Hauptpunkt ihres Programms den internationalen Frieden hinstellt“¹⁸ – damals grundsätzlich davon aus, daß dauerhafter Frieden die Ablösung des sich immer kriegerischer gebärdenden Kapitalismus durch den Sozialismus voraussetzt. BERTHA VON SUTTNER jedenfalls hatte keine Vorbehalte gegen ein Zusammenwirken mit der antikapitalistischen Sozialdemokratie im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Noch wenige Wochen vor ihrem Tode schrieb sie: „Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.“¹⁹ Weil BERTHA VON SUTTNER immer deutlicher die Regierungen und die Rüstungsindustriellen als Kriegstreiber nannte, ließen diese sie als „rote Bertha“ diffamieren und ihr Redeverbot erteilen.

Tatsächlich bildet die Frage, ob und inwieweit Frieden überhaupt erreicht und gesichert werden kann, ohne jene kapitalistischen Verhältnisse zu beseitigen, die immerhin zwei Weltkriege verursachten, in unserem Jahrhundert den Hauptinhalt der theoretischen und programmatischen Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Pazifisten. Als marxistischer Philosophiehistoriker und Friedensforscher, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten schwerpunktmäßig mit philosophischen Positionen zu Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert beschäftigt hat, ist es mir ein Bedürfnis, gerade im Zusammenhang mit diesem Thema nicht nur meine Hochachtung vor dem selbstlosen und mutigen Friedens-Engagement so vieler Pazifisten zum Ausdruck zu bringen, sondern auch prinzipiell etwas zum Verhältnis von Marxismus und Pazifismus zu sagen. Das betrifft *erstens* die fundamentale Erkenntnis, daß alle, die wirklich Frieden wollen, dieses ihr gemeinsames Ziel über alle anderen Interessen stellen müssen. Zu einer solchen nicht-sektiererischen Position sollte uns auch das Wissen ermutigen, daß pazifistisches und marxistisches Friedens-Engagement bereits vor reichlich 100 Jahren schon einmal viel selbstverständlicher

¹⁸ B. v. Suttner: Lebenserinnerungen, a.a.O., S. 22.

¹⁹ Ebenda, S. 9.

zusammengehen und sich im Hinblick auf das gemeinsame Ziel ergänzen konnten, als meine Generation das während des Kalten Krieges zunächst erfahren hat. *Zweitens* betrifft das die Auseinandersetzung mit jenen marxistischen Theoremen, die jahrzehntelang Ausgangspunkt und Begründungsmuster einer schlimmen, die Friedenskräfte spaltenden und damit schwächenden sektiererischen Abgrenzung gegenüber bürgerlichem, insbesondere pazifistischem Friedens-Engagement gewesen sind.

Dazu möchte ich zunächst an die – leider weitgehend in Vergessenheit geratene – historische Tatsache erinnern, daß WILHELM LIEBKNECHT von August bis Dezember 1892 in dem von ihm damals redigierten sozialdemokratischen Parteiorgan „Vorwärts“ mit freudiger Zustimmung BERTHA VON SUTTNERs deren Roman „Die Waffen nieder!“ in Fortsetzungen veröffentlicht hat. Im März des darauffolgenden Jahres veröffentlichte der „Vorwärts“ mit „Kann Europa abrüsten?“ die letzte größere Schrift von FRIEDRICH ENGELS. Darin schlug der Mitbegründer des Marxismus vor, in Europa durch einschneidende Reduzierung der stehenden Heere und Übergang zu einem Miliz-System (wobei Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen sollte) die Rüstungslasten abzubauen und – ohne das Sicherheitsbedürfnis der Staaten zu ignorieren – die Gefahr eines allgemeinen Krieges praktisch zu reduzieren. Die große Idee, die ENGELS in dieser Arbeit zu begründen suchte, war, daß Abrüstung bis hin zur strategischen Angriffsunfähigkeit innerhalb des Kapitalismus prinzipiell möglich ist, wenn es über die Entwicklung einer entsprechenden öffentlichen Meinung des Volkes gelingt, den dafür entscheidenden, durch Vernunft begründeten Willen der Regierenden zu erreichen.²⁰ Eine Idee, die den Vorstellungen des Klassischen Pazifismus durchaus verwandt war und eine Zielvorstellung, die wohl heute von geradezu brennender Aktualität ist. BERTHA VON SUTTNER und FRIEDRICH ENGELS haben so mit Hilfe von WILHELM LIEBKNECHT eine Art des Umgangs miteinander entwickelt, die ich als höchst bedenkens- und bewahrenswertes Erbe des Klassischen Pazifismus und des ursprünglichen Marxismus in der Friedensfrage bezeichnen möchte. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß ENGELS unter dem Gesichtspunkt der zu erwartenden Opfer auch über bewaffnete Aufstände beim Kampf um die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus wesentlich kritischer und verantwortungsvoller dachte als später z. B. die Leitung der Kommunistischen Internationale. So schrieb er 1892 unter Hinweis auf die Einführung neuartiger Sprenggeschosse in die Bewaffnung der damaligen Streitkräfte an PAUL LAFARGUE: „Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist für immer vorüber; wenn die Truppe sich schlägt, wird der Widerstand Wahnsinn. Also ist man verpflichtet, eine neue revolutionäre Taktik zu finden. Ich habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, bin aber noch zu keinem Ergebnis gekommen.“²¹

²⁰ Vgl. F. Engels: Kann Europa abrüsten? In: MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 371.

²¹ F. Engels am 3.11.1892 an Paul Lafargue. In: MEW, Bd. 38, Berlin 1968, S. 505.

Im Unterschied zu ENGELS, der in seiner Schrift „Kann Europa abrüsten?“ eine Überwindung der Kriegsgefahr durch Abrüstung bereits im Kapitalismus für prinzipiell erreichbar gehalten hatte, entwickelte W. I. LENIN in seiner Imperialismus-Theorie das Theorem, daß der Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium seinem Wesen nach nicht friedensfähig ist, da er unvermeidlich permanent nach kriegerischer Neuaufteilung der Welt strebt. Mit seinem später entwickelten Konzept von der friedlichen Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Staaten hat LENIN zwar selbst sein Theorem vom unvermeidlich kriegerischen Monopolkapitalismus wieder in Frage gestellt, zumindest aber relativiert. Doch kam er nicht mehr dazu, seine Imperialismus-Theorie entsprechend zu überarbeiten. Nun sind all die vom kapitalistischen Imperialismus im 20. Jahrhundert verursachten Kriege – darunter zwei Weltkriege – sicher Beweis genug dafür, daß LENIN hinsichtlich des aggressiven Wesens dieser Gesellschaftsordnung keinesfalls eine totale Fehleinschätzung getroffen hat. Der Fehler lag in der Verabsolutierung des durchaus gegebenen Strebens nach kriegerischer Neuaufteilung der Märkte und Einflußsphären und der Unterschätzung der Möglichkeit, derartige Interessen auch ohne das Mittel des Krieges durchzusetzen – etwa nach dem Motto „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank“. LENIN war besonders unmittelbar vor und während des Ersten Weltkrieges davon überzeugt, daß Frieden nur durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus erreichbar sei. *Deshalb* machte er die Stellung zur sozialistischen Revolution zum entscheidenden Kriterium konsequenter und ehrlicher Friedensliebe. In diesem Sinne schrieb er 1915: „Ohne Verbindung mit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats ist der Kampf um den Frieden nur eine pazifistische Phrase sentimentaler und das Volk betrügender Bourgeois.“²² Zwei Jahre später schrieb er an INÈS ARMAND: „Der Angelpunkt in der Frage des Pazifismus ...: der Gedanke, der Krieg hänge *nicht* mit dem Kapitalismus zusammen, er sei keine *Fortsetzung* der Politik der *Friedenszeit*. Darin liegt der theoretische Fehler; der praktische liegt im Umgehen der sozialen Revolution.“²³

Diese in ihrem Wesen rechthaberische und sektiererische Position hat im 20. Jahrhundert immer wieder dazu geführt, daß Marxisten bürgerliche Humanisten, Christen und Pazifisten ausgrenzten, was verheerende Folgen für die Einheit und damit auch für die Stärke der Friedensbewegung hatte. Immer wieder haben auch kommunistische Parteien daraus, daß sie sich selbst in dem von LENIN definierten Sinne zur einzig wirklich konsequenten Friedenskraft erklärten, daraus einen objektiv überhaupt nicht zu begründenden Führungsanspruch gegenüber allen anderen Friedenskräften abgeleitet. Typisch dafür ist folgende Formulierung im von MATTHÄUS KLEIN verfaßten Artikel „Frieden“ aus dem in der DDR einflußreichsten philosophischen

²² W.I. Lenin: An die Internationale Kommission (ISK). In: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S.379.

²³ W.I. Lenin: An INÈS ARMAND. 30. 1.1917. In: Werke, Bd. 35, Berlin 1962, S. 254 f.

Wörterbuch: „Objektiv ist die Einheit der Friedenskämpfer – gleich, wie sie ihr Eintreten für den Frieden motivieren – auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen imperialistischer Kriegspolitik und den Interessen der Völker an der Erhaltung eines dauerhaften Friedens möglich und notwendig.“ Dann aber folgt ein Satz, der diese für objektiv möglich und notwendig erklärte Einheit aller Friedenskämpfer praktisch unerreichbar macht. Er lautet: „Diese Einheit ist nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu verwirklichen.“²⁴ Positionen dieser Art hatten nach dem zweiten Weltkrieg u.a. zur Folge, daß die mit den beiden Stockholmer Appellen von 1950 und 1975 zum Verbot der Kernwaffen entstandene weltweite Friedensbewegung wieder zerfiel und daß das zuerst von ALBERT EINSTEIN und BERTRAND RUSSELL begründete neue globale Denken für das nukleare Zeitalter von der Mehrzahl der marxistischen Friedenskräfte erst mit einer Verspätung von zweieinhalb Jahrzehnten wirklich aufgenommen wurde.

Wie schwierig das Problem der Einheit aller Friedenskräfte auch und gerade im Zusammenhang mit der Gefahr eines das Überleben der Menschheit gefährdenden Nuklearkrieges ist, hat in den 70er und 80er Jahren die durch den US-amerikanischen Philosophen und Friedenskämpfer JOHN SOMMERVILLE initiierte Diskussion über einen *Nuklear-Pazifismus* gezeigt. In seinem 1973 zuerst in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten Buch „Durchbruch zum Frieden“ votierte SOMMERVILLE für eine „Revolution zum Frieden“, deren Grundsatz „nicht der Grundsatz eines totalen Pazifismus“ sein sollte, sondern „nur ein atomarer Pazifismus“ als „das äußerste prinzipielle Minimum für jede Form heutiger Politik, die nicht offenkundiger Wahnsinn ist.“²⁵ Zentraler Begriff zur Begründung des Nuklear-Pazifismus wurde bei SOMMERVILLE der des *omnicid*, des Untergangs der ganzen Menschheit durch einen Nuklearkrieg. Gegen Kriege, die diese Gefahr nicht heraufbeschworen, hatte SOMMERVILLE keine prinzipiellen Vorbehalte. In seiner intensiven Diskussion mit dem sowjetischen Philosophen FEDOSSEJEW stellte SOMMERVILLE dann aber 1981 die geradezu ungeheuerliche Behauptung auf, nicht der erste Schlag eines Aggressors mit Kernwaffen werde zum Untergang der Menschheit führen, sondern erst die Beantwortung dieses Schlages durch den Angegriffenen mit Waffen gleicher Qualität. Wörtlich erklärte er: „The first attack with such weapons will not exterminate the human race. But if that attack is answered by the same kind of weapons, and a series of nuclear exchanges takes place, the human race will be wiped out.“²⁶ Ausgehend davon forderte SOMMER-

²⁴ G. Klaus/M. Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, 12. Aufl., Leipzig 1976, S. 432.

²⁵ J. Sommerville: *Durchbruch zum Frieden*. Darmstadt 1973, S. 47.

²⁶ J. Sommerville (Ed.): *Soviet Marxism and Nuclear War. An International Debate*. Westport (Connecticut) 1981, p. 27.- Siehe zu dieser Diskussion auch: E. Voit: *Diskussionen um die Lebensfrage der Menschheit*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Berlin 30(1982), S. 1257-1265.

VILLE im Namen der ‚Verhinderung des Untergangs der Menschheit‘ nicht etwa den Verzicht der USA auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, sondern von der Sowjetunion den Verzicht auf die Beantwortung eines nuklearen Angriffs mit Waffen gleicher Qualität. Als ihm FEDOSSEJEW daraufhin entgegenhielt, daß das einen potentiellen Aggressor doch regelrecht ermuntern würde, mit Kernwaffen anzugreifen und in dem überfallenen Staat unsagbare Opfer und Zerstörungen anzurichten, entgegnete SOMMERVILLE: "Yes, it can encourage the aggressor, but this is better than the other result, the total destruction of mankind."²⁷ Damit wurde offenkundig, daß dieser ‚Nuklear-Pazifismus‘ eigentlich gar kein Pazifismus war, sondern ein ausgesprochen zynisches Argumentationsmuster zur moralischen Entwaffnung derer, auf die die Kernwaffen der USA gerichtet sind.

Zur aktuellen Krise des Pazifismus

Spätestens im Zusammenhang mit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien wurde offenbar, daß viele jener pazifistischen Positionen, die unter den Bedingungen der Block-Konfrontation im Kampf gegen die Gefahr eines nuklearen Vernichtungskrieges entstanden waren, für eine prinzipielle Ablehnung und Bekämpfung imperialistischer Kriege zur Durchsetzung einer ‚Neuen Weltordnung‘ nicht mehr trugen. Das hing zweifellos mit dem Ort und der so anderen Art der Kriegführung zusammen, die das eigene Überleben nicht gefährdeten. Zugleich war das aber auch das Resultat einer beispiellos intensiven Kriegshetze über alle Massenmedien, die den Feind als ‚Hitler von heute‘ bezeichnete und die NATO-Aggression als Krieg zum ‚Schutz der Menschenrechte‘ und zur ‚Verhinderung eines neuen Auschwitz‘ hinstellte. In vielfältigen Variationen wurde der Pazifismus nach dem Rezept des CDU-Politikers HEINER GEISLER als friedensgefährdend diffamiert. GEISLER hatte bekanntlich auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte in den 80er Jahren formuliert: „Der Pazifismus der dreißiger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ 1997 schrieb er: „Frieden mit Schweigen der Waffen zu verwechseln bedeutet Friedhofsrieden.“²⁸

Zu was für einer geradezu grotesken Geschichts-Klitterung NATO-Ideologen bei dem Versuch gelangen konnten, z.B. die pazifistische Losung „Soldaten sind Mörder“ zu diffamieren und NATO-Interventionen auf dem Balkan zu rechtfertigen, demonstrierte HORST NIGGEMEIER, bis 1994 als MdB Verteidigungsexperte der SPD im Bundestag. Er schrieb am 22. Januar 1996 in der Zeitung „Die Welt“: „Den 27. Januar hat Bundespräsident Roman Herzog als nationalen Gedenktag für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft gewählt, weil an diesem Wintertag 1945 amerikanische Soldaten die noch lebenden KZ-Insassen in Auschwitz, dem größten Menschenvernichtungslager der Geschich-

²⁷ J. Sommerville, a.a.O.

²⁸ H. Geißler: Das nicht gehaltene Versprechen. Köln 1997, S.41.

te befreit haben. ... Die in Auschwitz befreiten Opfer des NS-Regimes werden doch angesichts der amerikanischen Soldaten weder gedacht noch gar gesagt haben: Jetzt kommen die ‚Mörder‘. Nein, die Soldaten kamen als Lebensretter. Und auch die dramatischen Ereignisse auf dem von Massakern erschütterten Balkan bestätigen, daß die Nato-Soldaten das Leben der Menschen schützen und nicht schädigen.“²⁹

Die mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien unübersehbar gewordene Krise des gegenwärtigen Pazifismus äußert sich vor allem in der Relativierung und Revision früherer pazifistischer Positionen sowie durch die weitere Aufspaltung des Pazifismus in immer neue ‚Adjektiv-Pazifismen‘. So schrieb der Grünen-Politiker LUDGER VOLMER 1992: „Der Pazifismus steckt in einer Krise. Gemeint ist nicht der primär religiös motivierte Gesinnungspazifismus als individuelle Haltung. Gemeint ist auch nicht der romantische Pazifismus der ökologischen Nischenkultur. Ihm fehlte schon immer ein Begriff von Außenpolitik. Gemeint ist der politische Pazifismus, der seinen Gehalt aus der Verarbeitung historischer Katastrophen gewinnt.“³⁰ Etwa zur gleichen Zeit votierte JÜRGEN TRITTIN für eine „grüne Außenpolitik jenseits von Pazifismus und Bellizismus“. Angesichts des Vorstoßes einiger Politikerinnen und Politiker seiner Partei „zur Enttabuisierung militärischer Interventionen“ betonte TRITTIN: „Die bisherige außen- und friedenspolitische Programmatik der Grünen läßt sich nicht auf die Formel Pazifismus reduzieren – und auf jenen Mickeymaus-Pazifismus, den die taz der Partei nachsagt, schon gar nicht. Spätestens seit der Orientierung auf einseitige Abrüstung an Stelle der Forderung nach Auflösung der Bundeswehr und der damit einhergehenden Bereitschaft, sich auf Bundesebene an der Ausübung von Regierungsgewalt zu beteiligen, kann von einer konsequent gewaltfreien, pazifistischen Partei keine Rede sein.“³¹

Eine insbesondere während der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien häufig zu beobachtende Haltung von Pazifisten war ihre innere Zerrissenheit und das Bekenntnis, dem Krieg in der Überzeugung zugestimmt zu haben, schuldig zu werden, was sie auch tun und mit der Zustimmung zur NATO-Aggression von zwei unvermeidlichen Übeln das kleinere Übel gewählt zu haben. Typisch dafür war ERHARD EPPLER, der am 12. April 1999 in seinem Schlußwort an den SPD-Parteitag erklärte: „Tragisch ist eine Situation, wenn man schuldig wird, ganz gleich, was man tut.“ Doch habe er mit seiner Zustimmung zur Bombardierung Jugoslawiens wenigstens das Gefühl gehabt, „daß wir ein bißchen weniger schuldig werden, als wenn wir es nicht täten.“³² Der wichtigste

²⁹ Nach: Junge Kirche, Bremen ,57(1996)2, S. 111.

³⁰ L. Volmer: Bosnien und der Pazifismus. In: TAZ, Berlin, 5. 9.1992.

³¹ J. Trittin: Grüne Außenpolitik jenseits von Pazifismus und Bellizismus. In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt M., 23. 9.1992.

³² Nach: Th. Ebert: Tragödie und Torheit im Krieg um den Kosovo. In: gewaltfreie aktion, Karlsruhe, Nr. 119/120, S. 12.- EPPLER bewegt das Problem dieser inneren Zerrissenheit einer zu Ende gedachten pazifistischen Position schon länger. 1982 schrieb er: „Sicher kann die Parole ‚lieber rot als tot‘ nicht zum Motto der Friedensbewegung werden. Denn sie beruht

methodologische Schwachpunkt derartiger Positionen ist, daß mit absolutem Anspruch moralisiert wird, ohne den Konflikt hinreichend *allseitig* analysiert zu haben. Allerdings dürften auch solche Faktoren wie ein tief verinnerlichter Antikommunismus oder die Entscheidungen von Politikern, denen man persönlich vertraut, wesentlichen Einfluß auf die jeweilige eigene Entscheidung haben.

Der Dresdner Theologe CHRISTOF ZIEMER sieht neuerdings im Pazifismus zwei Strömungen: „Die eine: der ‚prophetische Pazifismus‘. Er setzt gegen die bestehende Wirklichkeit die gewaltlose. Und seine Anhänger versuchen heute schon, mit gewaltlosen Mitteln zu leben. Die andere Strömung ist der ‚weisheitliche Pazifismus‘. Er geht von der Wirklichkeit aus und sucht nach Möglichkeiten, sich einzumischen. Die Gefahr besteht darin, daß er nicht so klar die Alternative erkennen läßt; die Gefahr des prophetischen Pazifismus ist die, daß er ideologisch wird.“ ZIEMER plädierte unter dem Eindruck des NATO-Krieges gegen Jugoslawien für einen „weisheitlichen Pazifismus“, den er vor allem dadurch charakterisiert sieht, daß man mit ihm „zu einer anderen Sicht des Militärischen kommen“ kann. Sein Plädoyer mündet in dem Satz: „Ich wünsche mir einen Pazifismus, der seine Angst vor dem Militärischen verliert.“³³ Einen ähnlichen Standpunkt hatte CHRISTOF ZIEMER zusammen mit JOACHIM GARSTECKI, Generalsekretär von PAX CHRISTI, bereits 1995 angesichts des NATO-Einsatzes in Bosnien entwickelt. JOACHIM GARSTECKI hatte damals der Friedensbewegung öffentlich vorgeworfen, „daß die Verweigerung militärischen Eingreifens zugunsten hilfloser Menschen, wie in Bosnien, eine Ideologisierung der Gewaltfreiheit bedeute, die damit von einer ‚geschichtspolitischen Handlungskategorie in den Rang eines Dogmas‘ rücke.“³⁴ Die Mehrheit der Mitglieder von PAX CHRISTI teilte diese Positionen ihres Generalsekretärs nicht und auch die meisten früheren Anhänger des ehemaligen Dresdner Superintendenten CHRISTOF ZIEMER folgten ihm nun nicht mehr, sondern stellten nun die Frage nach dem Sinn ihres pazifistischen Engagements in der DDR. So z.B. ANNEMARIE MÜLLER, früher engste Mitarbeiterin ZIEMERS im Ökumenischen Informations-Zentrum Dresden: „Wenn ‚Gewaltfreiheit ... nicht über alles gesetzt werden‘ darf, weil dies zum

auf mehr als einer unbewiesenen Prämisse: Einmal der, daß die Sowjetunion uns mit militärischen Mitteln ihre Gesellschaftsordnung aufzwingen wollen, zum anderen, daß uns im Falle eines Krieges die Bereitschaft zur Kapitulation das Leben retten könne – was wiederum voraussetzt, daß die USA unser Land unzerstört in die Hände des Gegners fallen ließen. Aber es bleibt die Frage. Was heißt Verteidigung der Freiheit, wo keine Menschen mehr wären, die frei oder unfrei sein könnten? Und es lohnt sich, über die Gegenfrage Helmut Hilds an einen Kritiker nachzudenken: Was wäre ihnen lieber, ihre Tochter läge zerrissen am Rande eines Bombentrichters – oder sie lebte in Leipzig ?“ (E. Eppler: Friedensbewegung. In: W. Jens (Hrsg.): In letzter Stunde. München 1982, S. 149).

³³ „Ein neues Gefühl von Sicherheit ist gefragt“. Fragen an Christof Ziemer. In: Publik-Forum, Oberursel, Nr. 14/1999, S. 10.

³⁴ U. Dittmann: Frieden schaffen mit und ohne Waffen. Pazifismus-Debatte im ÖIZ mit Joachim Garstecki. In: Ökumenischer Wegweiser, Dresden, Nr. 3/1996.

‚Fundamentalismus‘ ausarte (Ziemer), frage ich, welche Bedeutung die Aussagen von Dresden 1989 heute noch besitzen. Stimmen dann die Optionen für Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Bewahrung und Förderung des Lebens heute nicht mehr für Christen? Und wenn, sind wir dann ‚Fundamentalisten‘?³⁵ Diese Pazifismus-Debatte entwickelte sich unter dem Eindruck der unmittelbaren Vorbereitung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr in Jugoslawien und führte zu einer deutlichen Differenzierung zwischen jenen Bürgerrechtlern und Christen, die unverändert einen prinzipiellen Pazifismus vertraten und jenen, deren frühere pazifistische Positionen ihre Konsequenz vorwiegend aus der Frontstellung gegen die Militärpolitik der DDR bezogen hatten.³⁶ Natürlich hat auch das spezifische Gewicht der Menschenrechtsproblematik in der Argumentation der NATO zur Rechtfertigung ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen Jugoslawien einen Einstellungswandel sehr vieler Pazifisten sichtbar gemacht, der seine eigene Vorgeschichte hat. Nach RICHARD HERZINGER führte dieser Weg „über die Anerkennung des totalitären Charakters sozialistischer Revolutionsideen bis zur Einsicht, daß ein unnachgiebiger Pazifismus angesichts völkermörderischer Bedrohungen unversehens in moralische Indifferenz umschlagen kann. Er mündete in die vorbehaltlose Akzeptanz der Verfahrensregeln der liberalen Demokratie und das Eingeständnis, daß die demokratische Zivilisation ohne die Bereitschaft zum Einsatz ihrer institutionalisierten Machtinstrumente gegenüber den Feinden der offenen Gesellschaft hilflos wäre.“³⁷

Der Bremer Friedens-, Konflikt und Entwicklungsforscher DIETER SENGHAAS tritt dafür ein, daß der bisherige Pazifismus, den er als „ursächlichen Pazifismus“ bezeichnet, zum „konstruktiven Pazifismus“ weiterentwickelt wird. Was ist damit gemeint? Nach SENGHAAS ist die von ihm als „ursächlicher Pazifismus“ bezeichnete Lehre „in dem Versuch begründet, systematisch über Voraussetzungen und Bedingungen nachzudenken, die Frieden ermöglichen ... In diesem Jahrhundert der Gewaltherrschaft, der Kriege, der Genozide, der wechselseitigen Vernichtungsdrohungen ... wurde Antimilitarismus zu einer vorherrschenden, Denken und Handeln bestimmenden Orientierung des Pazifismus.“ Demgegenüber möchte er einen Pazifismus, der sich nicht im wesentlichen auf einen *Anti-Militarismus* beschränkt, sondern dem es „um den Aufbau friedensfördernder Strukturen und Mentalitäten“ geht, „als einen auf die Konstruktion und Architektur des Friedens ausgerichteten, als ‚konstruktiven Pazifismus‘ bezeichnen.“ In diesem Sinne fordert SENGHAAS: „Frieden muß begriffen werden als ein gewaltfreier und auf die Verhütung von Gewalt-

³⁵ A. Müller: Frieden schaffen durch Gewalt? In: Die Kirche, Dresden, Nr. 50 v. 10.12.1995, S.6.

³⁶ S. u.a.: Die Pazifismus-Debatte geht weiter – Oder muß sie erst beginnen? In: Ökumenischer Wegweiser, Dresden, Nr. 1/1996, S. 4 f.

³⁷ R. Herzinger: Von links nach rechts. Verkehrter Antiimperialismus: Warum alte und neue Freunde Joschka Fischers Kampf für universale Menschenrechte als hypermoralisch verteufeln. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 45 v. 4.11.1999, S.51.

anwendung gerichteter Prozeß. Durch ihn sollen mittels Verständigungen und Kompromisse solche Bedingungen des Zusammenlebens von gesellschaftlichen Gruppen bzw. von Staaten und Völkern geschaffen werden, die zum einen nicht ihre Existenz gefährden und zum anderen nicht das Gerechtigkeitsempfinden oder die Lebensinteressen einzelner und mehrerer von ihnen so schwerwiegend verletzen, daß diese nach Erschöpfung aller friedlichen Abhilfemaßnahmen glauben, Gewalt anwenden zu müssen. Friedenspolitik, so ausgerichtet, läßt sich dann als eine unerläßliche, nicht zu Ende kommende Auseinandersetzung mit jener politischen Virulenz verstehen, die in der modernen Welt aus Fundamentalpolitisierung resultiert.“³⁸ Um eine in der Zielsetzung ähnliche Richtung geht es dem Psychoanalytiker HORST EBERHARD RICHTER, wenn er als „einen Kernpunkt der Psychologie des echten Pazifismus“ hervorhebt: „Dieser ist vom vorherrschenden Antrieb her *eine Pro- und keine Anti-Bewegung*.“³⁹

JÜRGEN HABERMAS registrierte nach dem Beginn des Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien in Deutschland zwar „hie und da noch ein bißchen Häme über den kleinlaut gewordenen Pazifismus“, um dann aber einzuräumen: „In der Bundesrepublik beherrschen die Gesinnungspazifisten auf der einen, die Rechtspazifisten auf der anderen Seite die öffentliche Auseinandersetzung.“ HABERMAS selbst ist kein Pazifist. Er ist eher ein Apologet imperialistischer Interventionskriege. So begrüßte er die NATO-Aggression gegen Jugoslawien als „Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft.“⁴⁰ HABERMAS hatte bereits im Golfkrieg II „den ersten Schritt zu einer effektiven weltbürgerlichen Ordnung“ gesehen und erklärt: „Das stärkste Argument für die Möglichkeit eines Waffeneinsatzes am Golf besteht darin, daß die USA und deren Verbündete nach Beendigung des kalten Krieges die Chance haben, stellvertretend und vorübergehend die neutrale Rolle einer heute noch fehlenden Polizeistreitmacht der UNO zu übernehmen.“⁴¹ ULRICH BECK setzt sich mit HABERMAS' Versuch auseinander, das von der NATO begangene Verbrechen eines Aggressionskrieges mit dem moralisierenden Hinweis auf ein angebliches ‚Weltbürgerrecht‘ zu rechtfertigen: „Es entsteht eine neuartige, postnationale Politik des *militärischen Humanismus* – des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen. Die gute ist die schlechte Nachricht:

³⁸ D. Senghaas: Das Maß des Friedens ist der Frieden selbst. Eine Idee, deren Zeit gekommen ist: Konstruktiver Pazifismus. In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt /M., 1./2.4.1999, S. 12.

³⁹ H.-E. Richter: Ist der Pazifismus am Ende? In: Wissenschaft & Frieden, Bonn, H. 1/1996, S. 52.

⁴⁰ J. Habermas: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 18 v. 29.4.1999, S. 1.

⁴¹ J. Habermas: Wider die Logik des Krieges. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 8 v.15.2.1991, S. 40.

Die hegemoniale Macht bestimmt, was recht, was Menschenrecht ist. Und Krieg wird zur Fortsetzung der *Moral* mit anderen Mitteln.“ Und BECK folgert: „es ist wohl nicht übertrieben, von demokratischen Kreuzzügen zu sprechen, in denen der Westen in Zukunft auch um die Erneuerung seiner Selbstlegitimation fechten wird.“ Denn: „Am Kosovo-Krieg kann man erkennen, wie wirkungsvoll dabei den verbliebenen Pazifisten ihre Argumente im Munde umgedreht werden“.⁴²

Was den Ausweg aus dieser hier ja nur an einigen wichtigen Positionen skizzierten aktuellen Krise des Pazifismus betrifft, so ist dieser nicht leicht zu finden und zu gehen. Ich möchte dazu abschließend zwei Wissenschaftler nennen, die m. E. auf ein Defizit verweisen, an dem die pazifistische Bewegung schon lange krankt und ohne dessen Überwindung der Pazifismus aus seiner gegenwärtigen Krise nicht herauskommen wird. Ich meine die gründliche Analyse von Krieg, bewaffnetem Kampf und die Bereitschaft, dazu auch den Sachverstand von Militärs zu nutzen. Und das schließt auch eine auf wissenschaftlicher Analyse beruhende Einstellung zum bewaffneten Kampf um die Veränderung bestehender Gesellschaften und Staatsgrenzen also Revolution wie Sezession ein. Völlig zurecht betont THEODOR EBERTS, der von der Friedensbewegung fordert, zu analysieren statt zu moralisieren: „Wer einen Guerillakrieg beginnt, muß nach den vorliegenden Erfahrungen damit rechnen, daß etwa zehn bis zwanzig Prozent der Bevölkerung im Laufe der Kriegshandlungen getötet werden.“⁴³ DIETER SCHELLONG, Professor in München, plädiert gerade angesichts der auf Emotion zielenden Praxis der Massenmedien für einen „rationalen Pazifismus“. Der schließt für ihn den Diskurs mit Militärs ausdrücklich ein: „Die Fernsehbilder von Flüchtlingen zeigen Entsetzliches, sie sagen aber nicht, was zu tun ist. Das bedarf rationaler Überlegungen und jetzt käme es auf einen rationalen Pazifismus an. Der kann sich auch mit rationalen Militärs sachlich unterhalten. ... (Es sind die Politiker, die den starken Mann markieren.) Rationale Militärs wissen ebenso wie rationale Pazifisten, was Krieg in der Realität ist.“⁴⁴

Daß die Friedensbewegung in Deutschland nicht tot ist, beweist nicht zuletzt die geistige Fruchtbarkeit der *Kasseler Friedensratschläge*. Mit dem „Friedens-Memorandum 2000“ hat der Bundesausschuß Friedensratschlag wissenschaftlich fundierte Analysen vorgelegt, die in der nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien entstandenen Situation darauf orientieren, „den Krieg zu überwin-

⁴² U. Beck: Über den postnatalen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Nr.8/1999, S. 987.

⁴³ Th. Ebert: Tragödie und Torheit im Krieg um den Kosovo. Kein Friede im Kosovo ohne Verständnis für die Staatsräson Jugoslawiens. In: gewaltfreie aktion, Karlsruhe, Nr. 119/120, S. 17.

⁴⁴ D. Schellong: Wir brauchen einen rationalen Pazifismus. In: Junge Kirche, Bremen 60(1999)4, S.211.

den, den Frieden vorzubereiten und zivile Alternativen zu stärken⁴⁵. Und zusammen mit der Friedensbewegung lebt auch der Pazifismus, stellen sich Pazifistinnen und Pazifisten, die oftmals von ehemaligen Mitstreitern, die inzwischen zu Bellizisten mutiert sind, irritiert waren, nun den neuen Problemen und Anforderungen des Kampfes zur Überwindung der Kriegsgefahr.⁴⁶ Und es spricht sehr viel dafür, daß sie aus der Verarbeitung ihrer Erfahrungen mit den heutigen Kriegskräften ein pazifistisches Denken entwickeln können, das sich z. B. durch den kriegsideologischen Mißbrauch der Menschenrechte nicht mehr irritieren läßt.

Autor:

Prof. Dr. Dr. Ernst Voit
Liliengasse 15
D-01067 D r e s d e n

⁴⁵ Siehe: Bundesausschuß Friedensratschlag (Hrsg.): Friedens-Memorandum 2000, Kassel 2000.

⁴⁶ Siehe: W.-D. Narr/ R.Roth/ K. Vack: Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. (Hrsg. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln) Köln 1999; das Februar-Heft der Zeitschrift „Junge Kirche“, Bremen 61(2000)2 steht unter dem Thema „Gibt es einen Frieden ohne Pazifismus?“